

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Kiemeler Straße 20.  
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilprolet Berlin.



Anzeigen und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand, Berlin O 34, Kiemeler Str. 20 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, Viertel 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgängzeile 2 M.

Nummer 39

Berlin, den 25. September 1931

43. Jahrgang

### „HEXENMEISTER“

Man erlebt jetzt allerhand Ueberraschungen. Die Gottähnlichkeit der Wirtschaftsführer findet nun auch schon in Kreisen, die bisher zu ihren Gläubigen gehörten, nicht nur Zweifel, sondern ausgesprochene Reher. So haben z. B. die im Schlepptau der Wirtschaftspartei Politik treibenden Handwerker bisher stramm den Kurs der Großindustrie eingehalten. Sie schwärmten mit den Kapitalmagnaten, den Konzern- und Trustdirigenten für Lohnabbau, Einschränkung der Sozialleistungen, Gehaltskürzungen, überhaupt für Sparmaßnahmen, die unweigerlich die Kaufkraft der breiten Masse des Volkes schwächen mußten. Daß damit zwangsläufig auch ein Einknicken des Verbrauchs von Massenartikeln und von handwerklichen Erzeugnissen verbunden sein mußte, sahen ihnen gegenüber den zu erwartenden Einsparungen an Löhnen und Sozialbeiträgen wohl weniger bedenklich. Mittlerweile merkten sie jedoch, daß diese Sparpolitik ein zweischneidiges Schwert ist, an dem sie selbst sich fühlbar verwunden. Sie kommen dahinter, daß die Störung der Wirtschaft hauptsächlich gerade von jener Seite kommt, unter deren Führung sie bisher alle Maßnahmen befürworteten, die uns nicht aus der Krise herausbrachten, sondern tiefer hinein. Es ist ihnen ein Schimmer darüber aufgegangen, daß die „Geschäftspolitik der Großen“ die Wirtschaftskatastrophe der letzten Zeit erheblich verschärft hat. „Die Handwerks-Zeitung“ (Nr. 22) beschäftigt sich mit den Ereignissen, die „blühartig eine wunde Stelle unseres Wirtschaftssystems beleuchten“. Das Blatt bemerkt, daß die Entwaldung Giganten der Industrie, der Handelsunternehmungen, der Banken und im Versicherungswesen habe entstehen lassen. Viele hätten, im Glauben an die „überragenden Fähigkeiten der Schöpfer dieser Riesenbetriebe“, ihrer Zuverlässigkeit keinen Zweifel entgegengesetzt. Die Entlarvung der „Hexenmeister“, die Großzusammenbrüche sei eine bittere Lehre. Trotz einem Heer von Revisoren, Treuhändergesellschaften und einem Reichswirtschaftsrat sei man in Zustände hineingefallen, die nur durch ein Aufgebot aller Kräfte an einem Chaos vorbeizuführen ließen. Andauernde Schwierigkeiten für Staat und Wirtschaft seien jedoch nicht zu verhindern. Vielmehr sei das Handwerk der Leidtragende der gezeichneten Zustände. Zum Schutze „Aber-tausender von Klein- und Mittelbetrieben sei eine wirksame Kontrolle der Großkonzerne und Großbetriebe unerlässlich“. — Es werden sodann noch eingehend die zu fordernden Maßnahmen besprochen.

Welch eine Wendung! Bisher stürmten die Handwerker unter Führung des Abg. Molath, im Nachtrab der „Hexenmeister“, für Privatisierung der öffentlichen Betriebe, für die sog. Freiheit der Wirtschaft, die in Wirklichkeit nie bestand und nun nach der „Handwerks-Zeitung“ sogar sehr gründlich eingeeignet werden muß. Mit dieser Forderung und deren Begründung muß man auch das Märchen von der Schuld des Marxismus an den mit der Weltkrise die Völker peinigenden Zuständen preisgeben. Das Märchen ist ein zu liebes Kind aller an der kapitalistischen Wirtschaft interessierten Kreise geworden. Dies System möchte man doch noch retten, die sichtbar gewordenen anarchischen Störungen des Gleichgewichts zwischen Produktionsgrundlage und Verbrauch lediglich als Folge des Versagens der Großunternehmungen erscheinen lassen. Gewiß kann eine Plan-

### Eine menschenunwürdige Antreiberei und Ausbeutung der Arbeiterschaft

Die Vereinigten Glasstoff-Fabriken haben schon seit längerer Zeit sich höchst unrühmlich bemerkbar gemacht in der Einführung und Anwendung von Arbeitsmethoden, die zur geistigen und körperlichen Verelendung der Arbeiterschaft führen müssen. Aus allen Werken, die dem Konzern der Vereinigten Glasstoff-Fabriken angehören, vernimmt man bitterste Klagerufe einer gemißhandelten Arbeiterschaft. Durch die Einführung des Behausystems sollen die Arbeitsleistungen ohne Rücksicht auf das Körperliche und geistige Wohlbefinden der Arbeiterschaft aufs höchste gesteigert werden. Die Arbeiterschaft kann zugrunde gehen, wenn nur der Profit steigt, das ist scheinbar die Ansicht der Direktoren der einzelnen Werke, die gegeneinander von der Konzernleitung ausgespielt werden. Aus Elsterberg wird nachstehender Hilfe- und Klageruf übermittelt:

#### Die Arbeit wird zur Hölle!

Nachdem es der Direktion der Vereinigten Glasstoff-Fabriken, Werk Elsterberg, gelungen ist, in den Abteilungen Spulerei, Weberei und Sortierungen das Behausystem durchzuführen, geht sie nunmehr dazu über, auch in der Spinnereiabteilung dieses System einzuführen. Das Vorgehen ist geradezu brutal, zwei Personen sollen in Zukunft zehn Spinnmaschinen bedienen. Die überflüssig gewordenen Kräfte sollen vorläufig Hofarbeit verrichten, während von den in der Spinnerei zurückgebliebenen Kräfte eine unerhörte Mehrleistung verlangt wird. Man hat den Arbeitsgang des Spinners in drei verschiedene Arbeitsvorgänge zerlegt. So soll ein Arbeiter nur die Spulen auf- und abstecken, ein zweiter nur die Dösen kontrollieren, waschen und die Fäden überführen. Eine dritte Hilfskraft soll das Reinigen der Spinnmaschinen besorgen.

Aus den Schilderungen der Kollegen, die nur einige Tage diese Tätigkeit ausüben mußten, geht hervor, daß ihnen die Arbeit direkt zur Hölle geworden ist. Außer der viertelstündigen Frühstückspause innerhalb der 8 Stunden bleibt keine Zeit, um die Notdurft zu verrichten. Körperliche Höchstleistungen werden bei dem Spulen, Auf- und Abstecken verlangt, die über die Grenze des Erträglichsten hinausgehen, und bei einer Anzahl Spinners schon in wenigen Tagen zu einer solchen Erschöpfung führten, daß sie unfähig wurden,

die Arbeit fortzusetzen. Aus anderen Schilderungen geht wieder hervor, daß dieses übersteigerte Tempo jedwedes Denkvormögen ausschaltet und zu Nervenzusammenbrüchen führt. Die ganze Schwere des verrückten Verlangens seitens der Direktion läßt sich erst dann voll begreifen, wenn man dabei berücksichtigt, daß bei schlechter verdorbener Luft diese Höchstleistungen verlangt werden.

#### Der Lohnarif gekündigt

Trotzdem man von den einzelnen Arbeitskräften eine menschenverdernde Höchstleistung verlangt, hat die Direktion dieses Werkes es fertig gebracht, den Lohnarif zu kündigen. Verzweifelte Stimmung herrscht deshalb allenthalben unter der Arbeiterschaft. Um diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren, ist natürlich die Einigkeit der Arbeiterschaft höchst vonnöten. Bisher macht sich in dem Werk Elsterberg die A.S.D. unliebsam bemerkbar und es scheint, als ob die Direktion gerade diese Tatsache zum Anlaß nimmt, jetzt höhere Arbeitsleistung und verkürzten Lohn durchsetzen zu wollen. Hoffentlich einigt sich die Arbeiterschaft der Kunstseidenbetriebe recht bald, damit man dieses unwürdige Arbeitssystem, das dort zur Einführung gebracht werden soll, beseitigt werden kann.

#### Zur Lage der Textilarbeiter des Albtals

Wie bitter ernst die Lage der Textilarbeiter-schaft des Albtals ist, davon vermag sich der Nichtbeteiligte kaum eine Vorstellung zu machen.

1500 bis 1600 Textilproleten aus den umliegenden Ortschaften wandern am frühen Morgen ihrer Arbeitsstätte zu, um dort am tausenden Webstuhl und an der Spinnmaschine unter äußerster Kraftanstrengung das Notwendigste zum Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen zu verdienen in dem Bemühen, damit auch der deutschen Wirtschaft und somit dem ganzen deutschen Volke einen Dienst zu erweisen.

Wie aber die Arbeit dieser zum Teil halbverhungerten Proleten eingeschätzt wird, sollen nachfolgend angeführte Zahlen aller Deffentlichkeit beweisen:

Nach dem auf Arbeitgeberantrag vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedspruch für die badische Textil-

industrie vom 25. März 1931 beträgt der Normalstundenlohn für über 25 Jahre alte männliche Arbeiter, also überwiegend Familienwäter, 57 Pf. plus 1 Pf. Albtalzulage, die laut Tarif ab 1. Oktober in Wegfall kommt. Daneben hatten die Textilarbeiter schon jahrelang unter Kurzarbeit zu leiden. So beträgt z. B. die wöchentliche Arbeitszeit bei der Spinnerei und Weberei Eßlingen, Abteilung Weberei und Ausrüstung, zur Zeit 37 Stunden, der Wochenarbeitsverdienst nach Abzug der Beiträge zur Sozialversicherung rund 20 M.

Wie es bei einem solchen Einkommen in einem Arbeiterhaushalt ausfällt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Den bei der Firma Badische Baumwollspinnerei und -weberei Neurod beschäftigten Arbeitern droht das Hungergepenst der Arbeitslosigkeit, da die Firma, angeblich unter dem Druck der Wirtschaftskrise, ihren Betrieb mit ungefähr 350 Beschäftigten zum 1. Oktober stillzulegen beabsichtigt. Muß es in Anbetracht dieser Verhältnisse nicht als eine unerhörte Herausforderung angesehen werden, wenn man sich in Arbeitgeberkreisen nun erneut mit dem Gedanken eines Lohnabbaues trägt? Diesen Herrschaften sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Geduld der Textilarbeiter nun zu Ende ist.

Gewiß haben auch wir als Textilarbeiter volles Verständnis für die allgemeine wirtschaftliche Notlage und waren von jeher bereit, große Opfer für die Gesundung der Wirtschaft zu bringen, was uns aber heute zugemutet wird, geht über das Maß des Erträglichsten hinaus.

Wir dürfen nun endlich angesichts der Verschwendungssucht gerade der nationalen Kreise, die im Lahusen-Standal gipfelt, verlangen, daß die Organe der Wirtschaft und des Staates ihr Augenmerk mehr auf jene Kreise richten, die durch ihr gottfürsliches Wirtschafts- und Finanzgebahren Staat und Wirtschaft um Hunderte von Millionen betrogen und große Massen des Werte schaffenden Volkes um Existenz und Brot gebracht haben.

Mögen die Unternehmer nun erneut zum Abbau der Hungerlöhne rüsten, die organisierte Arbeiterschaft wird sich zu wehren wissen. Jenen aber, die der Organisation noch fernstehen, mögen diese Unternehmerabsichten ein warnendes Signal für ihre Rückkehr zum Verband sein. Es geht um die Rechte der gesamten Arbeiterschaft. Wer nicht organisiert ist, unterstützt den Arbeitgeber und ist mitschuldig. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, tretet ein in unsere Reihen, stärkt die Kampffront der Arbeiterschaft, vereinigt euch im Deutschen Textilarbeiter-Verband, denn vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt sind wir alles.

wirtschaft, die nicht die kapitalistische Grundlage beseitigt, aber bestimmende Eingriffe bedingt, die Auswüchse, wie sie jetzt aufgebrochen sind, verhindern, nicht wird damit die weitere Konzentration der Unternehmen aufgehalten und mit deren Fortschreiten sind dann auch immer weitergehende gesellschaftliche Eingriffe erforderlich, um die Allgemeininteressen nicht stets erneut durch hemmungslose Gewinnsucht gefährden zu lassen. Doch man darf solche Fragen der Zukunft überlassen. Vorläufig kann es genügen, daß die Einsicht von der Notwendigkeit weitgehender Wirtschaftskontrolle in schnell wachsendem Maße Gemeingut des Volkes wird.

Wie unfähig die von der schuldhaften kapitalistischen Seite aufgestellte Behauptung ist, die Gewerkschaften, der Marxismus seien der Hauptverantwortliche an der Schwere der

Krise in Deutschland, wird recht anschaulich durch folgende Tatsache belegt. Im Mai 1931 ist, im Vergleich mit derselben Zeit im Vorjahre, die Erzeugung von Rohstahl zurückgegangen: in den Vereinigten Staaten von 4,04 auf 2,54 Millionen Tonnen, in Deutschland von 1,03 auf 0,74 Millionen Tonnen, in Großbritannien von 0,70 auf 0,44 Millionen Tonnen, in Frankreich von 0,85 auf 0,67 Millionen Tonnen. Der Rückgang ergibt: in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien je 37 Proz., in Deutschland 28 Proz., in Frankreich 20 Proz. Noch ist kein Mensch auf die verrückte Idee gekommen, zu behaupten, die Katastrophe der Krise in den anderen Ländern habe der Marxismus verschuldet. In Frankreich und in den Vereinigten Staaten kann man auch nicht von Kapitalmangel reden. England ist in diesem

Sinne ebenfalls nicht notleidend, auch hat man in den anderen Ländern die Kaufkraft nicht wie in Deutschland durch forcieren Lohn- und Gehaltsabbau, durch Kredit-sperren und Kürzung der Sozialleistungen geschrumpft, trotzdem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien im Vergleich mit Deutschland ein wesentlich stärkerer Rückgang in der Stahlproduktion, die als Regelstand für die Gesamtwirtschaft zu bewerten ist, eingetreten ist. Und Frankreich mit seinen günstigen Inlandsverhältnissen ist im Abfaden der Stahlerzeugung nicht weit hinter Deutschland zurückgeblieben.

Heute kann man das Gerede vom Marxismus als Schuldengel nicht mehr als Verlegenheitsgerede, als Irrtum Einsichtsloser passieren lassen, es versteckt sich dahinter der bewußte böse Wille, die Schäden des kapitalistischen

talistischen Systems und vor allem auch das Berufsdenken der sich als berufene Wirtschaftsführer aufspielenden Kapitalisten- und Industriekönige zu vertuschen, um die zum Schutze der Gesamtheit unerlässlichen Eingriffe in ihr selbstherrliches Regiment zu verhindern.

Uebrigens findet nun auch die „Textil-Zeitung“ (Nr. v. 5. August 1931) ein Haar in der Suppe der „freien Wirtschaft“. Sie beklagt die Banken, sie hätten beabsichtigt, durch „Bewässerung“ eine Inflation herbeizuführen. Ein Großteil des Produktionsapparates läge brach. Nun wolle Deutschland Geld vom Auslande. Es sei aber falsch zu glauben, das Ausland werde sozusagen Selbstmord begehen wollen, indem es Deutschland helfe, seine Produktion zu steigern und Massenmengen auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen unterzubringen. Das Heranziehen von Auslandsanleihen allein bringe noch keine Besserung der Lage. Konkret fordert das Blatt, dem man gewiß keine anti-kapitalistische Animosität vorwerfen kann, das ist genug in die wildesten Scharfmacherfantasen mit einstimme, ganz stramm die Politik des Einschürens der Kaufkraft des Großteils der Bevölkerung verfocht, Herabsetzung der Kartellpreise und dann — noch weitere Lohnsenkungen. Da kann man sagen: Etwas gelernt, aber wenig vergessen! Die „Textil-Zeitung“ hat anheimelnd noch nicht kapiert, daß eine sehr energische, sicher nicht freiwillig kommende Senkung der Kartellpreise erst mal das allzu sehr gestörte Gleichgewicht zwischen Preisen und Kaufkraft wieder herstellen muß, um einen Anreiz zu einer Produktionsbelebung auslösen zu können. Neue Lohnsenkung im Tempo mit immer fragwürdig bleibenden Preisentlastungen würden bestenfalls das jegliche produktionshemmende Verhältniß stabilisieren. Ein Schlag ins Wasser.

Die wenn auch etwas gelockerte Devisenverordnung in Verbindung mit den Plänen des Reichslandwirtschaftsministeriums, die auf eine weitere Verperkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zielen, birgt dabei neue Gefahren für die Wirtschaft Deutschlands, speziell für die Ausfuhrindustrien. Eine Einfuhrdrosselung treibt mechanisch die Inlandspreise für Agrarerzeugnisse in die Höhe, schwächt damit die Kaufkraft für industrielle Erzeugnisse. Anstatt Belebung der Produktion, ein weiteres Abschwächen. Nicht allein für den Inlandsverbrauch. Die Sperre gegen die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte würde, wie üblich, von den betroffenen Ländern mit der Beschränkung der Aufnahme deutscher Industrieerzeugnisse beantwortet werden. Die Exportindustrien, darunter auch die Textilverarbeitung, wären die Leidtragenden. Und dann würden die Fabrikanten noch lauter nach Senkung der Selbstkosten schreien, weil die weiter eingeschränkte Erzeugung oder die Zwangslage, durch Dumpingpreise exportfähig zu bleiben, anders keine Rentabilität gestatte. Mit den „Hexenmeister“-Künsten kommt man nicht aus der Krise heraus. Vor allem muß die Parole lauten: Schluß mit den Lohnsenkungen! Wirtschaftskontrolle, Senkung der Preise und dann Stärkung der Kaufkraft!

Die Verkehrtheit der bisherigen Wirtschaftsrettung, der Krisenbekämpfung, der Befestigung der Arbeitslosigkeit und wie die schönen Behauptungen alle lauten, wird nun so hinrenterläßt. Daß niemand die Notwendigkeit der Umkehr mehr leugnen kann. Zur Illustration dafür einige Zahlenangaben: Der Preis der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen ist im ersten Vierteljahr 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 24 Mill. auf 123 Mill. gesunken. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 107 Proz. gestiegen, die Aufwendungen dagegen jedoch nur 1 Proz. mehr aus. Biel weniger Beschäftigte, erheblich mehr Unterstützte, aber fast ein Gleichbleiben der Unterhaltsausgaben. Das bedeutet: Verminderte Kaufkraft dieses Teils der an der Krise ganz leidenden Bevölkerung. — In der Inflationsschätzung waren die Einnahmen im 1. Vierteljahr 1931 um 16 Proz. niedriger als im Vierteljahr vorher. Ein Beweis für die Fortdauer der Arbeiterelenden. Als Voraussetzung für die Tragbarkeit höherer Arbeitslosenbezüge, die Schmalhans zu unterstützen wohl nie kennengelernt haben, die ist nicht um die nackte Existenz, sondern immer die Vermögenssicherung und Lebensversicherung, worauf darauf hinzuwirken, daß ja die Preispolitik bedeutend wichtiger ist als die Lohnpolitik, nur dem man durch ein Preissystem konkurrenzlos machen kann. Das was aber der Arbeiter gefundene Kapitalisten aber es kaum Boot und Karren fahren kann? Jedenfalls sind trotz der

### Politische Wochenschau

Notverordnung in Preußen. — Gegen die Steuerdrückberger. — Ein Wiffender über die Hitler-Partei. — Putzschwarz in Oesterreich. — Matrosenstreik in England.

Auch die Regierungen der einzelnen Länder erlassen jetzt Notverordnungen zur Sanierung ihrer Finanzen. Die umfangreichste und bedeutungsvollste ist die Notverordnung Preußens vom 12. September. Sie soll dazu dienen, einen Fehlbetrag im Haushalt zu beseitigen, der auf rund 150 Millionen Mark geschätzt wird. Vor allem werden bei den Beamtenbefolgungen Ersparnisse durchgeführt, indem das Aufwachen in den Dienstaltersstufen auf zwei Jahre eingestellt und die Zulagen gekürzt oder beseitigt werden. Bei den leitenden Kommunalbeamten werden die Gehälter gesenkt, die Notare müssen von ihren Gebühren bestimmte Sätze an den Staat abführen. Besonders einschneidend sind die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Schulen. Die Schülerzahl in den Klassen wird erhöht, die Stundenzahl herabgesetzt. Auf diese Weise soll eine große Zahl jüngerer Lehrer und Lehrmittelschüler abgebaut werden. Wird dadurch schon die Gefahr einer erheblichen Verschlechterung des Schul- und Bildungswesens heraufbeschworen, so steigert sie sich noch durch die Ankündigung, daß die Zahl der Freistellen auf den höheren Schulen eingeschränkt werden soll.

Die preußische Regierung unterliegt bei ihren Sparmaßnahmen dem Zwange, der von der Reichsregierung ausgeht. Es ist aber ein unhaltbarer Zustand, daß immer wieder von den breiten Massen der Bevölkerung Opfer verlangt werden, während die besitzenden Klassen nach Möglichkeit geschont werden. So hat das Reichsfinanzministerium wiederholt angekündigt, daß es gegen die Steuerdrückberger mit besonderen Zwangsmaßnahmen vorgehen werde. Tatsächlich wurde auch angeordnet, daß verspätete Steuerzahlungen mit hohen Verzugszinsen belastet werden sollen. Das trifft aber nur die Kleinen, während die großen Steuerzahler sich nach wie vor von den Leistungen an den Staat drücken können. Das Unternehmertum verlangt einfach Stundungen und Erlass der Steuern, die ihnen auch vom Reichsfinanzministerium in weitestgehendem Maße gewährt werden. Dadurch gehen dem Staat zugunsten der großen Kapitalisten hunderte Millionen Steuereinnahmen verloren, mit denen das Unternehmertum Geschäfte machen kann. Es ist vorgekommen, daß selbst den leistungsfähigsten Steuerzahlern Riesensummen gestundet oder völlig niedergeschlagen worden sind. Die Schuld an diesen Vorgängen liegt allerdings nicht so sehr beim Minister selbst, als bei einzelnen Beamten, die aus ihrer Unternehmerfreundlichkeit gar kein Hehl machen.

Vor kurzem ist aus der Reichsleitung und aus der Partei Adolf Hitlers der Freiherr von Red ausgetreten. In einer Reihe von Artikeln rechnet er jetzt mit der Nazi-Partei ab. Er stellt zuerst fest, daß es den Hakenkreuzlern nirgends gelungen sei, in die marxistische Front einzubringen. Dagegen hätten sie die großen bürgerlichen Parteien zertümmert. Die Nationalsozialisten seien jetzt nichts anderes als eine neue bürgerliche Partei, und ihre Werbekraft in den breiten Schichten sei nunmehr völlig zum Erlahmen gebracht worden. Der Widerstand gegen die rote Front liege in den volkstümlichen despotischen Methoden einer geistig und moralisch unzulänglichen Führung.

berühmten niedrigen Fleischpreise die Schlachtungen zurückgegangen, im 1. Vierteljahr 1931 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 11,6 Proz. bei Rindern, um 13,5 Proz. bei Jungvögeln und um 17,8 Proz. bei Hühnern. Sogar die Pferdeschlachtungen sind sehr beträchtlich zurückgegangen.

Die Angaben enthüllen mörderische Zustände. Kein Wunder daher auch, daß in allen anderen europäischen Ländern im Jahre 1930 die Geburtenzahlen mehr oder minder stark angefielen. In Deutschland jedoch weiter gestiegen sind. In Deutschland hat man bisher — vergeblich natürlich — die Wirtschaftskrise mit Abschaffung der Kaufkraft bekämpft, gegen den Geburtenrückgang schickt man — natürlich ebenfalls vergeblich — laute Moralpredigten und Zwangsmaßnahmen ins Feld. Hier aber hilft nur: Hunger stillen, satte Mägen. Butter, Fleisch und genügend Brot! Alles andere ist Quacksalberei.

Die Nationalsozialisten wollen die Macht um der Macht willen, dieser höchst persönliche Zweck mache ihnen jedes Mittel heilig und er führe sie jetzt durch die Vorzimmer der internationalen Finanz. Eine neue Bestätigung erfährt dieses Urteil jetzt in Braunschweig. Dort haben die Nazi die bürgerlichen Parteien gezwungen, wiederum einen ihrer Leute, den Oberlehrer Klages, zum Minister zu machen, obgleich das kleine Land überschuldet ist und seine Geschäfte ganz gut durch den einen Minister geführt werden können.

Die österreichische Heimwehr hat unter Führung des Rechtsanwalts Dr. Pfriemer einen Putschversuch unternommen, um die Republik zu stürzen und eine nationalsozialistisch-monarchistische Herrschaft zu errichten. Das Unternehmen ist aber kaum über die ersten Anfänge hinausgekommen. Nur in Obersteiermark hatten die Heimwehren die Straßen besetzt und die Arbeiter mit Maschinengewehren und anderen Waffen bedroht. In den anderen Teilen Oesterreichs ist der Putschversuch sofort wieder zusammengebrochen. Der beabsichtigte Vormarsch auf Wien und Graz ist erst gar nicht angetreten worden. Die Regierung hat den Putsch in wenigen Stunden niedergeworfen, Dr. Pfriemer ist nach Südburgenland geflüchtet, mehrere Heimwehrführer, wie der Graf Starhemberg wurden verhaftet. Der Heimwehrputsch ist allerdings vor allem an der emischlossenen Haltung der österreichischen Arbeiterschaft gescheitert. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben von der

Regierung die sofortige Durchführung aller Maßnahmen gegen die Putschisten gefordert, im anderen Fall die Arbeiterschaft von sich aus alles Notwendige tun werde. Diese Forderung hat die Regierung schließlich erfüllen müssen, nachdem sie zuerst nur zögernd an die Niederschlagung des Putsches heranging.

Die englische Regierung hat zur Senkung des Fehlbetrags im Staatshaushalt eine Reihe von Gehalts- und Goldsenkungen vorgenommen, von denen auch das Militär und die Marine getroffen wurden. Daraufhin sind die Seeleute der atlantischen Flotte in den Streik getreten. Auf den großen britischen Kriegsschiffen verweigerten die Mannschaften den Gehorsam, sie hielten Versammlungen ab und sangen sozialistische Lieder. Es handelte sich bei diesen Vorgängen aber keineswegs um eine Meuterei oder um eine politische Bewegung, es war eine reine Lohnbewegung. Von diesem Standpunkt aus hat auch die englische Regierung den Fall behandelt. Sie versuchte nicht, wie das in anderen Ländern so Sitte ist, die Bewegung mit Gewalt niederzuwerfen, sondern sie führte Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts. Die Matrosen erreichten auch das Zugeständnis, daß die Regierung eine Reihe von Härten mildern wolle. Daraufhin wurde der Dienst auf den Schiffen wieder aufgenommen. Daß diese Vorgänge sich nur mit englischen Maßstäben messen lassen, erkennt man schon daran, daß die Matrosen der Kriegsschiffe das Ende ihrer Bewegung vielfach mit einem dreifachen Hurra auf die „königliche Regierung“ begleiteten.

## Gefährliche Pläne

Einflussreiche Wirtschaftskreise, auf die auch die Reichsregierung mehr als gut ist hört, propagieren seit einiger Zeit ganz offenen Gedanken, der im Gang befindlichen Deflation durch inflationistische Mittel entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang spricht man u. a. von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm im Milliardenbetrag, durch das über den kommenden Winter Riesenkredite, eben inflationistische Kredite, in die Wirtschaft gepumpt werden sollen. Man hat auch dafür bereits ein neues Schlagwort, das Wort von der Re-deflation entdeckt. Alle solche Projekte können nur zu Lasten der Arbeiterschaft gehen.

### Deflation und Inflationismus

Man braucht angesichts solcher Pläne nicht sofort an eine Wiederholung der großen Inflation von 1923 zu denken. Aber es ist auch keine Garantie vorhanden, daß es nicht doch so wird. Die Väter der Idee bestreiten ganz energisch eine solche Möglichkeit und solche Absichten. Sie sagen etwa, grob, aber verständlich ausgedrückt, folgendes: Wir leben in einer Deflation. Geldmittel und Kredite schrumpfen von Tag zu Tag zusammen. Unter Druck der Kapitalnot schränkt sich die Produktion immer mehr ein. Was liegt also näher als der Gedanke, der Wirtschaft entsprechende Kredite zur Verfügung zu stellen. Es gibt aber nur eine Stelle in Deutschland, die Kredite geben kann. Das ist die Reichsbank. Also das Reich, die öffentliche Hand. Nun kann die Reichsbank vieles in der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie kann aber keine Kredite zaubern. Sie kann kein Geld schaffen, wenn keine entsprechenden Unterlagen, keine entsprechenden Werte vorhanden sind. Ob die Reichsbank ihren Geldumlauf erhöhen kann, ob sie ihre Kreditgewährung vergrößern mag, das hängt von der Deckung des Notenumlaufs ab. Die Noten werden einmal durch Gold und Devisen, die dem Gold gleichzusetzen sind, gedeckt. Das Gesetz schreibt in Deutschland eine Deckung von 40 Proz. vor, die unter ganz bestimmten Voraussetzungen unterschritten werden darf. Der Rest der Deckung ergibt sich in guten Handelswechseln. In dieser Regelung beruht die Festigkeit der Währung. Nun argumentieren die Inflationssphantasten so, die Reichsbank brauche nur die Deckungsgrenze etwas herunterzusetzen. Nicht viel, aber immerhin ein bißchen. Dann kann die Reichsbank neue Geldschöpfungen vornehmen und ihren Notenumlauf vergrößern. Sie kann mehr Kredite gewähren.

Das sind die inflationistischen Mittel, mit denen man der Deflation, dem Schrumpfungsprozess in der deutschen Wirtschaft, entgegenwirken zu können glaubt.

In einem Land wie Deutschland, das im Zeichen der Notverordnungen immer mehr seine Rechtsbasis verliert, kann man schließlich eine solche Operation irgendwie versuchen. Man hält die Massen für derart mürbe, daß sie auch das schlucken werden.

Bleibt das Ausland. Aber auch hier denkt man zu einer Lösung zu kommen. Das neue, nicht nach der bisherigen Regelung gedeckete Geld soll eben für das Ausland gelten, während die alte, solide gedeckte Mark dem Verkehr mit dem Ausland vorbehalten bleibt. Man würde ein sogenanntes Nationalgeld schaffen. Eine Binnenwährung. Wir haben ja so etwas in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder erlebt.

Das sind so die Pläne, die von einflussreichen Industriekreisen der Regierung nahegelegt werden.

### Inflation ist teuer

Die Gefährlichkeit dieser ganzen Projektmacherei liegt auf der Hand. Wo nichts ist, ist eben nichts. In der deutschen Wirtschaft fehlt es an Kapital. Das kann nicht aus der Notenpresse und nicht aus der Reichsdruckerei kommen. Man kann es sich vorübergehend pumpen. Was aber auch nicht an der Tatsache vorbeist, daß man Kapital erarbeiten und sparen muß. Man kann eben aus Papier, mag es noch so künstlich verziert sein, keinen Schweinebraten machen.

Jede Inflation — und kann man sie auch noch so in Grenzen halten — ist eine sehr teure Angelegenheit. Man verpulvert eben durch die Inflation vorhandenes Kapital. Das wenigstens sollten wir aus den Tagen der großen Inflation gelernt haben. Jede Inflation muß finanziert werden. Irgendwie. Wir haben das in den Inflationssjahren nach dem Kriege getan aus dem vorhandenen Sparkapital, womit wir Millionen von Existenzen vernichteten, entwurzelten und weite kauffähige Schichten ruinierten, aber auch aus den Arbeitslöhnen. Ein Prozeß, der die deutsche Industrie an den Rand des Abgrunds brachte. Genau auf dieselbe Art und Weise könnte man auch heute nur die Inflation finanzieren.

Soweit sich in Deutschland wieder echtes Sparkapital gebildet hätte, müßte man es zur Finanzierung der neuen Inflation heranziehen. Die Befürworter derselben sagen, daß das Schicksal der deutschen Betriebe wichtiger sei als das Sparkapital. Aber man wird die Einwendung gelten lassen müssen, daß ein neuer, gesetzlich angeord-

neten Raubzug auf die Taschen der großen und kleinen Sparen den letzten Pfennig ins Ausland treiben muß und daß wohl damit das Sparen in Deutschland für die nächsten vier oder fünf Generationen erledigt ist. Dann wäre es ja allerdings auch gleichgültig, ob man damit den Weg für gewisse Experimente in der Wirtschaftsordnung freiläßt, die auch nicht das notwendige Kapital für Deutschland schaffen können, wohl aber den Untergang bringen. Das wäre eben das Ende.

Liebe die Finanzierung aus den Arbeitslöhnen. Diesem Gedanken scheint das Nationalgeiß dienen zu sollen. Das wäre die Proletarierwährung. Exportiert und verkauft würde mit der Edelvaluta, der solide gedeckten Mark. Die Arbeitslöhne würden aber mit der Proletarierwährung gezahlt. Das Spiel, mit dem Dollar von 1923 würde sich also wiederholen. Glaubt man, daß sich die breiten Massen mit diesem Schwindel abfinden werden? Beneidenswerter Optimismus.

Wir wollen zugeben, daß riesige Arbeitsprogramme, die ja immer in einer Zeit der Krise lauten, die Wirtschaft vorübergehend anregen. Ein armes Land würde über seine Kräfte Aufträge geben, was sicher zur Scheinbille führen dürfte. Für ganz kurze Zeit. Dann wäre der Kladderadatsch da. Die ganze Geschichte würde uns einige Milliarden kosten und die fehlenden Milliarden würden nicht da sein, wenn es an die Liquidierung der Wirtschaftskrise, die eben nur in internationalem Zusammenhang möglich ist, gehen sollte.

**Nehmen ist seliger als geben**

Daß sich gerade die Schwerindustrie in Deutschland für diesen Inflationismus begeistert, ist ganz selbstverständlich. Aber das gerade mühte die kalte Dusche für diejenigen sein, die an dem Gedanken, der Wirtschaft durch währungstechnische Mittel zu helfen, immerhin etwas Bestehendes finden. Seien wir offen und präzis. Dieser Inflationismus ist die Kateridee von Menschen, die am Ende ihres Lateins sind. Schließlich am Ende einer völlig fehlgeschlagenen Lohnabbaupolitik. Um die Dinge mal richtig zu erkennen.

Der Lohndruck, der ja nun in Deutschland schon seit einigen Jahren mit fürchterlichen Folgen für Produktion und Kaufkraft grassiert, steht doch am Ende folgender Gedankentafel: Man wollte in einigen Jahren reich werden. Eine Kapitalbildung, für die die Vorkriegsgeneration des Unternehmertums zum mindesten ein Menschenalter brauchte, sollte in wenigen Jahren, sozusagen im Handumdrehen bewerkstelligt werden. Es kam die Periode der Kartellpreise und der Ueberhebung der Profitquote. Es kam die Rationalisierung, die unter Einfluß der übersteigerten Profitquote zu dem teuren Wasserkopf einer noch nie dagewesenen Fehlrationalisierung auswich. Es kam die Kapitalfehlleitung größten Stils, die die Betriebe jetzt arg belastet. Es kam in allen diesen Dingen eine ungeheuerliche Ueberproduktion. Die Kaufkraft sank. Die teure Kapazität konnte nicht ausgenutzt werden. Zinsen und Dividenden waren immer schwerer aufzubringen. Jetzt kam der Gedanke einer ungeheuerlichen Primordialität volkswirtschaftlichen Denkens, die Löhne zu drücken, um so Zinsen und Renten herauszuwirtschaften. Das hat man mit einer selbstmörderischen Konsequenz durchgeführt. Anstatt selbst zu opfern. Anstatt den unermesslichen Kapitalschnitt rechtzeitig vorzunehmen. Wenn die Vereinigten Stahlwerke, das repräsentative Unternehmen der deutschen Schwerindustrie, ein Kapital von beispielsweise 200 Millionen hätten anstatt 800 Millionen, dann würden die Rentabilitätsaussichten wesentlich besser sein. Aber man wollte nicht selbst bluten. Man wollte andere bluten lassen. Man wollte, denken wir an den Fall der Vereinigten Stahlwerke, nicht die 600 Millionen Mark opfern. Ehe man zum Kapitalschnitt griff, wollte man mit Staatsubventionen laudieren, wollte man die notwendigen Opfer auf die Allgemeinheit abwälzen.

Nun ist die Deflation gekommen. Ein ganz natürlicher Prozeß. Er führt die Ueberkapitalisierung, die Ueberproduktion, das übersehene Kapital und die übersteigerten Profitquoten auf ein anderes Maß zurück, liquidiert die Egge in der Anarchie kapitalistischer Wirtschaft. Diesen Prozeß kann kein Mensch verhindern. Man könnte durch eine Planmäßigkeit in der

Wirtschaft, mit Hilfe sozialistischer Methoden die Auswirkungen mildern. Der deflationistische Prozeß aber vollzieht sich als Naturnotwendigkeit. Das scheint sich auch in den schwerindustriellen Generaldirektorenzimmern herumgesprochen zu haben. Also will man dem Ganzen irgendwie begegnen. Das ist der letzte Grund für den von den Schwerindustriellen propagierten Inflationismus.

Also Arbeitsbeschaffungsprogramme. Daß daraus im Zeichen der Inflation nichts werden kann, das wissen die Herren an der Ruhr und an der Emscher. Aber Arbeitsprogramme wird das Reich sehr gut bezahlen. Die Reichsbank wird Kredite geben. Es sind wohl inflationistische Kredite. Aber sie werden reichen, um an dem Kapitalschnitt vorbeizukommen. Wenigstens fürs erste und über das erste hinaus denken ja unsere Kohlen- und Eisenbarone nicht.

Vorerst genügt es, daß man nimmt, wo die anderen geben. Jeder Inflationismus in Deutschland wäre eine Blutabzapfung der breiten Massen und der ganzen Wirtschaft zugunsten des Industrieklingels an der Ruhr.

**Blumenstein-Konzern in Not**

Es tracht an allen Ecken und Erden in der Textilindustrie. Der Pleitegeier, dieses unheimliche Schräggespenst, geht um, sucht und findet immer neue Opfer. Kein Wunder! Die Stützen großer randschmähig aufgezogener Konzerngebäude sind längst morsch und faul geworden und können die auf ihnen ruhende Last nicht mehr tragen. Jeder Zusammenbruch zieht andere, die auch längst überfällig geworden sind, nach. Mit Lehnsen und der Danat-Bank fing es an, Bemberg A.-G. und der Karstadt-Konzern sind mit einem blauen Auge davongekommen. Jetzt hat aber die Textilindustrie, die den Blumenstein-Konzern finanzierte, ihre Zahlungen eingestellt. Damit sind die Gesellschaften des Blumenstein-Konzerns vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Wer sind die nächsten?

Die Schwierigkeiten bei Blumenstein sind wohl zum Teil auf die großen Verluste bei den Vereinigten Jutespinnereien und -webereien A.-G., Sitz Hamburg, in der eine

gefahren sind. Die Folge davon ist, daß die Textilbank nicht mehr in der Lage ist, den Zinsendienst für die englische Anleihe zu erfüllen. Das erste Opfer, das sich meldet, ist die Spinnerei und Weberei A.-G., Biersen i. Rhld., die vor einigen Tagen ihre Zahlungen einstellte. Die Firma ist zwar schon seit Jahren krank, und daß sie nicht weiter konnte, dürfte aber lediglich auf den Zusammenbruch der Textilbank zurückzuführen sein. Die Flachspinnerei glaubte, sich vor einiger Zeit dadurch retten zu können, daß sie ihrer Arbeiterschaft vorzuschlug, auf 15 Proz. ihres Lohnes zu verzichten. Der Betriebsrat hatte den Vorschlag abgelehnt, die Belegschaft aber, die vor die Alternative der Arbeitslosigkeit gestellt wurde, stimmte dem Vorschlag der Direktion zu. Das so zustande gekommene Abkommen erhielt dann den Namen „Notgemeinschaft“. Dieser Scherz, den sich die Direktion der Biersener Gesellschaft erlaubte, reichte jedoch nicht aus, um sich über Wasser zu halten. Es sei darauf hingewiesen, daß die Reichskreditgesellschaft dem Unternehmen einen Flachsanbauredit in Höhe von 500 000 Mark im Jahre 1926 gegeben hat, der zuletzt noch 400 000 Mk. betrug. Dieser Kredit wurde gekündigt. Im weiteren hatte die Biersener Gesellschaft noch 2,7 Millionen Mark aus der vorhin genannten englischen Anleihe erhalten. Die Warengläubiger haben etwa 200 000 Mk. zu fordern. Im weiteren stehen noch rund 500 000 Mk. für rückständige Steuern, Gehälter und Löhne aus. Diesen Passiven stehen nur die Anlagen des Biersener Wertes gegenüber, die mit 24 Millionen Mark (außergewöhnlich hoch) zu Buch stehen.

Wertwürdig, oder auch nicht, daß in erster Linie die Konzerne dem Pleitegeier zum Opfer fallen. Bei dem Streben einiger Industriefürsorge, ihre Macht immer mehr zu erweitern, haben sie rentable und unrentable Betriebe unter ihr Machtgebiet gezwungen. Die unrentablen Betriebe haben damit aber in der Regel die Konzerne schwer belastet. Auch dann, wenn die Betriebe stillgelegt wurden. Um die Arbeiter brauchte man sich zwar nicht zu kümmern, die Vorbesteller bzw. die Direktoren aber konnte man nicht fallen lassen. Sie erhielten laufende Abfindungen. Es ist kein Märchen, daß bei diesen großen Unternehmungen die Gehälter der Direktoren, die laufenden Abfindungssummen und Löhnen die Lohnquote der Arbeiter oftmals bedeutend überstiegen. Durch diese hohen Summen, die die Gesellschaften vielfach aufbringen mußten, ist das Produktionsergebnis großer breiter Arbeiterschichten oftmals verwirtschaftet worden. Durch das Geschrei der Unternehmer über die zu hohen Soziallasten, Steuern und die hohen Löhne will man dann von dieser Tatsache ablenken.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zum Blumenstein-Standal in einem Aufsatz „Ein zweiter Fall Nordwolle“ u. a. folgendes:

„Die Blumensteins wollten nämlich gegen einen Kredit in dieser Höhe dem Reich die „Einnischung in ihre Verhältnisse“ gestatten. Schließlich hat man sich gedacht, daß den Blumensteins nur das billige sein muß, was der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie recht ist. In diesem Zusammenhang wird die Reichsregierung wohl den Wunsch der Öffentlichkeit begrifflich finden, wenigstens etwas darüber zu erfahren, wie die Millionen eigentlich verwendet werden, die das Reich über die verschiedenen Banken, die Dresdner, die Danat und die Schröder-Bank, zur Sanierung der Industrie zur Verfügung gestellt hat. Daß hier vieles oberhalb ist, braucht wohl nicht nochmals betont zu werden. Die Industrie aber tut ja, als ob mit den Subventionen des Reichs alles erledigt sei und stellt im übrigen weiter unvernünftige Forderungen nach Lohnabbau auf. Man wird sich hoffentlich in der Reichsregierung nicht einbilden, daß sich die Öffentlichkeit mit dieser Entwicklung zufrieden geben wird, und die Reichsregierung für gut, z. B. dem Kommissar bei der Danat Bank, zumachen, daß es endlich an der Zeit sei, eine Ueberlebung über die Verhältnisse bei der Danatbank zu publizieren. Damit man endlich weiß, wie viele und welche Konzerne vom Schlage des Blumenstein-Konzerns mit Reichsgeld ausgehalten werden. Die eben die Kredite indirekt bekommen, die man den Blumensteins — und mit allem Recht — verweigert hat.“

Mit der Zeit kommt man hinter die Schliche der Blumensteins. Es zeigen sich ständliche Vorgänge, die hinter denen in der Nordwolle nicht zurücktreten. Die Blumensteins haben nicht besser und nicht schlechter gewirtschaftet als die Lohnhans. Die Summen sind nicht so groß wie im Falle der Nordwolle. Sie unverantwortlichkeit und Gewissenlosigkeit.



**Erbärmlicher, hinter den Arbeitslohn von 1890 lassen wir die Arbeiterschaft nicht zurückgeben. Jetzt ist Schluss!**

**Deflation, aber keine Deflationspolitik**

Kein Mensch kann über seinen Schatten springen. Und das deutsche Unternehmertum kann nicht über den Schatten seiner Sünden springen. Auch nicht mit Inflationismus.

Man mag streiten, wo die Deflation, das Charakteristikum der gegenwärtigen Krise, ihren Ausgangspunkt genommen hat. Was sie ein Kind des gestiegenen Goldwertes sein oder eine Folge der Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten, die nun schon seit drei Jahren jede Verschärfung der Krise einleitet. Immer wieder stößt man auf die Tatsache der mit Hilfe einer ungeahnten Umwälzung in der Produktionstechnik verbilligten menschlichen Arbeitskraft. Die Technik hat zu ungeheuren Revolutionen geführt, die eine neue Wertbasis, verankert in der verbilligten menschlichen Arbeitskraft und einer Mehrleistung pro Kopf, schufen. Auf diese neue Wertbasis haben sich die Wirtschaftsklassen in allen Ländern einzustellen. Die Einstellung ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Diese wird mit der gegläuteten Einstellung beendet sein. Diese allerdings sehr marginale, aber richtige Ueberlegung zeigt am deutlichsten, daß man mit währungstechnischen Projekten dem Uebel nicht zu Leibe kann. Man würde es nur verschlimmern.

Aber diese Ueberlegung besagt nicht, daß man unter allen Umständen eine hirnverbrannte Deflationspolitik treiben muß. Daß wir es nötig haben, den Deflationismus zu übersteigern. Die Restriktionen z. B. die Kreditrosselungen, die die Reichsbank zum Schutze der Währung in den letzten Monaten vorgenommen hat, waren eben durch die Gefahr, die der Währung drohte, berechtigt. Sie sind Verbrennen, wenn sie einer Uebersteigerung der Deflation dienen.

Womit wir nichts mehr und nichts weniger sagen wollen, als daß die Reichsbank in Grenzen des Möglichen wohl Kredite zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellen kann. Wir befürchten, daß sich in den

größere Anzahl deutscher Jutespinnereien vereinigt sind, und die von Blumenstein zum Teil beherrscht werden, zurückzuführen. Um die Jahreswende war man gezwungen, das Aktienkapital dieser Betriebe von 15 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark zusammenzulegen, um es nach der Zusammenlegung um 3 Millionen Mark wieder auf 8 Millionen Mark zu erhöhen. Diese Zusammenlegung des Aktienkapitals machte sich notwendig, weil durch den Zusammenbruch des Rohjutepreises der Konzern außergewöhnliche Verluste erlitten hatte. Seitdem dürften sich aber noch weitere Verluste eingestellt haben.

Im Jahre 1925 hatte der Blumenstein-Konzern durch die Bank für Textilindustrie eine englische Sammelanleihe von 1 Million Pfund durch Vermittlung des Londoner Bankhauses Hesser Bagg u. Co., Ltd., aufgenommen, die auf eine Reihe von Betrieben verteilt wurden, und die wiederum untereinander solidarisch für die Gesamtsumme haften. Dadurch können sich die englischen Gläubiger an jeder einzelnen der beteiligten Gesellschaften für den Gesamtbetrag der noch im Umlauf befindlichen Anleihe von rund 17 Millionen Mark schadlos halten.

Der Blumenstein-Konzern war an allen möglichen und unmöglichen Unternehmungen beteiligt. So u. a. auch an der Mühlenindustrie. Daß er soweit seinen Einfluß ausdehnen konnte zeigt, daß die Textilunternehmungen hohe Gewinne abgeworfen haben. Die vielseitigen Bindungen verschlangen aber auch ungeheure Geldmittel, die infolge der gegenwärtigen Wirtschaftsbepression im Zusammenhang mit den Kursverlusten fest-

Wechselbeständen der Reichsbank auch mancher Wechsel befindet, dessen Bonität nicht ganz einwandfrei ist. Wir denken dabei u. a. an die Schwerindustrie.

Wie wäre es, wenn man mal den Schwerindustriellenkredit zum Objekt einer Deflationspolitik machen würde? Man könnte sicherlich dadurch zur Finanzierung von Arbeitsprogrammen beitragen, die hand und Fuß hätten und die Auswirkungen der Krise mildern könnten.

wie man mit fremdem Geld und mit den Interessen der Gesamtwirtschaft im Blumenstein-Konzern umgegangen ist, zeigen aber das gleiche erschütternde Ausmaß wie bei den Lahujens.

Möglichst war das, wie auch bei der Nordwolle, durch die Verschlechterung des ganzen Konzerns. Jede Lücke der reformbedürftigen deutschen Geleihe ist ausgenutzt worden, um die bekannten Schiebungen vorzunehmen. Dazu tritt ein katastrophales Verhalten in der Kontrolle durch den Aufsichtsrat. Im Falle des Blumenstein-Konzerns kann sich der Aufsichtsrat nicht damit herausreden, daß er von den Dingen nichts gewußt habe. Er hat gewußt. Er hat aber ganz bewußt zu all den Schweinereien beigewogen.

Der Blumenstein-Konzern hatte nicht mehr als vier Spitzengesellschaften. Der Kontrolle des Aufsichtsrats war eigentlich nur eine Holdinggesellschaft zugänglich, die bekannte Bank für Textilindustrie A.-G. in Berlin. Daneben gab es aber auch noch eine Textilverwaltung A.-G. in Berlin. Das war schon eine große Dunkelkammer. Was hier vorging, wurde den Aufsichtsratsmitgliedern geheim gehalten. Die großen Geschäfte der Bank für Textilindustrie gingen aber in die Dunkelkammer. Daneben gab es den bekannten ausländischen Verschleißbahnhof, die Allindubank in Amsterdam (Allgemeine Industrie Bankvereinigung). Hier machten sich die beiden Inhaber des Blumenstein-Konzerns gesund. Ihre besonderen Interessen wurden dann nochmals in einer Holdinggesellschaft, der Josef und Alfred Blumenstein G. m. b. H. in Berlin zusammengefaßt.

Hier haben wir ein Musterbeispiel von Verschleierung, unter deren Schutz alles mögliche verloben wurde. Die Konzernwerke wurden mit Verpflichtungen aus Krediten belastet, die die Spitzengruppen in Anspruch nahmen. Damit nicht genug, wurde die Belastung bei den Tochtergesellschaften noch nicht einmal verbucht. Die Blumensteins waren schon große Bilanzkünstler.

Die Vermögensverhältnisse wurden, dafür nur ein Beispiel: Einer der beiden Inhaber des Blumenstein-Konzerns geriet auf Abwege. Das hatte eine Scheidungslage zur Folge. Es wurde ausgemacht, daß der geschiedene Blumenstein seiner Frau den Rentengegenwert von 4 Millionen Mark zur Verfügung stellte. Blumenstein erklärte sich dazu bereit. Auf Kosten anderer Leute! Aus dem Vermögen der Bank für Textilindustrie A.-G. in Berlin wurden größere Werte, u. a. ein Haus in der Berliner City und das Aktienpaket einer süddeutschen Fabrik, herausgenommen. Es wurde in den Spitzengesellschaften so lange verbucht, bis sich die Spuren verloren. Die herausgenommenen Vermögenswerte aber übergeben man einer Tochtergesellschaft, die die Rentenzahlung an die geschiedene Frau Blumenstein vorzunehmen hat. Das passiert in einem Konzern, der eine englische Anleihe in Höhe von 20 Millionen Mark aufgenommen hat und der im Frühjahr 1931 plötzlich erklärt, die Zinsen für diese Anleihe nicht zahlen zu können, weshalb die deutschen Banken aus Kreditpolitischen Rücksichten einpringen und das Geld vorstrecken mußten.

Als im Jahre 1929 eine Revision des Konzerns vorgenommen wurde, stieß man auf Spuren über Maschinenkäufe. Damals wurde der Aufsichtsrat, in dem Vertreter der großen deutschen Banken saßen, auf die üblen Dinge aufmerksam gemacht. Der Aufsichtsrat nahm das zur Kenntnis, hielt den Mund und blieb. Schon damals hätte die Affäre Blumenstein aufgedeckt werden müssen. Man hat es aber nicht. Man hoffte, weiterzukommen zu können. Nicht zuletzt um den Gewinn eines solchen Wirtschaftssystems nicht Material in die Hand zu geben. (Schluß folgt.)

### Vertrauensvotum in Delmenhorst

Betriebsratswahl in der Kammgarnspinnerei.

Die vor kurzem stattgefundene Betriebsratswahl hat erneut bewiesen, daß das Vertrauen zu unserer Organisation nicht zu erschüttern ist. Die Geiseln, die Christen und zum erstenmal auch die RGD. führten mit allen uns erdenklichen Verleumdungen gegen uns an. Der Angriff wurde aber glänzend abgewiesen. Von 14 Stimmen im Betriebsrat erhalt der Deutsche Textilarbeiter-Bund 11 Stimm, die Geiseln, Christen und RGD. keine je einen. Im Betriebsrat sind wir mit 10 Kollegen und Kolleginnen vertreten. Unverrückbar gegen uns ist einem Vertreter des Bündnisses erklärt die Betriebsratskommission der Organisation STS, die der Fabrik 114 der Textilen 162 und der RGD. 51. Von 3 Stimmen mehr für uns, wäre schon die Kommission leer ausgegangen. Keine die RGD. keine Stimm eingereicht, aber eine Stimme unseres Verbandes gegen uns. Und ob diese Wahl haben die Interessierten die Interessen der Arbeiterchaft geschützt. Wenn man in Betracht zieht, daß infolge des Konkurses der

Nordwolle rund 1000 Wahlberechtigte entlassen wurden und seit Wochen nur 16 Stunden wöchentlich gearbeitet wird, ist der Erfolg für uns noch höher zu bewerten. Wir werden das Vertrauen, das uns die Belegschaft abermals ausgesprochen hat, würdigen, indem wir alles daransetzen werden, die Interessen der Beschäftigten der Kammgarnspinnerei aufs nachdrücklichste zu vertreten.

### BERICHTE AUS FACHKREISEN. Dielefeld

**Jubilare-Feier**  
Die Dielefelder Textilarbeiter bereiten ihren Jubilaren eine Feier. Mit viel Sorgfalt und Liebe wurden die Vorbereitungen getroffen. Und am 22. August eilte alles per Omnibus, Krafttrabern und Treilmotoren zum „Rüttel“, um die Getreuesten der Treuen zu ehren.

Die älteren Mitglieder sind die ersten. Sie wollen zuerst den Jubilaren, die an weißgebedeten, blumengeschmückten Tischen sitzen, die Hand reichen. Auch die Jungen wollen nicht fehlen; ihre Zahl überwiegt.

Musik erhöht die feierliche Stimmung. Begeisterung und Kampfesglut erklingen in Prolog und Gedicht. Dann folgt der Mittelpunkt des Abends: die Jubilarefeier. Kollege Kistner findet warme Worte des Dankes für die Jubilare und anfeuernde Mahnung für die Jungen. Die Hörner spielen den Sozialistenmarsch, den alten, ewig neuen Kampfesruf. Mancher singt ihn mit.

Dann ist der offizielle Teil des Abends über. Mit und jung finden sich in zwangloser Unterhaltung. Erinnerungen werden getauscht, Aktuelles besprochen. Die Jungen tanzen... Das Leben in den Fabriken drückt sie schwer genug, einmal in der Woche wollen sie vergnügt sein, einmal losgelöst von fremdem Zwang...

Die Alten, die sich in den ihnen überreichten bequemen Sesseln wohlfühlen, schauen dem Tanz der Jungen zu, in dessen Rhythmus eine neue und ihnen unverständliche Zeit ihren Ausdruck gefunden hat.

### Delmenhorst

**Ausflug nach Urneburg**  
Trotz jahrelanger Kurzarbeit in der Fute und Waffenfabriken in der Walle traf sich jüngst an einem Sonntag am Volkshaus eine große Zahl von Textilarbeitern und -arbeiterinnen mit Kindern zum Ausflug nach Urneburg. Unter frühlichem Gesang unserer Jugendgruppe war das Ziel nach 1½-stündigem Marsch erreicht. Spiele für groß und klein ließen die Stunden schnell vergehen. Für musikalische Unterhaltung sorgten einige Kollegen. Die Arbeiterinnenkommission hatte schon am Sonnabend alles vorbereitet, damit jedes Kind auch sein Geschenk bekam. War das eine Freude, als die nützlichen Sachen verteilt waren. Mancher Junge und manches Mädchen hat infolge der fürchterlichen Not seit langem keine fröhliche Stunde gehabt. Jetzt leuchteten die Kinderaugen. Aber auch die Alten waren befriedigt. Die größte Überraschung hatten wir für den Heimweg vorbehalten. Jedes Kind erhielt eine Bammel-Laterne mit einem Licht. Es war ein schöner Anblick, als bei einbrechender Dunkelheit der lange Zug der Kinder mit brennenden Lampen am Tiergarten vorbei mit Gesang durch die Stadt zog. Am Volkshaus trennten wir uns. Trotz aller Not werden wir Textilarbeiter zusammenstehen und mit Hilfe des Verbandes für unsere Ziele kämpfen. A. B.

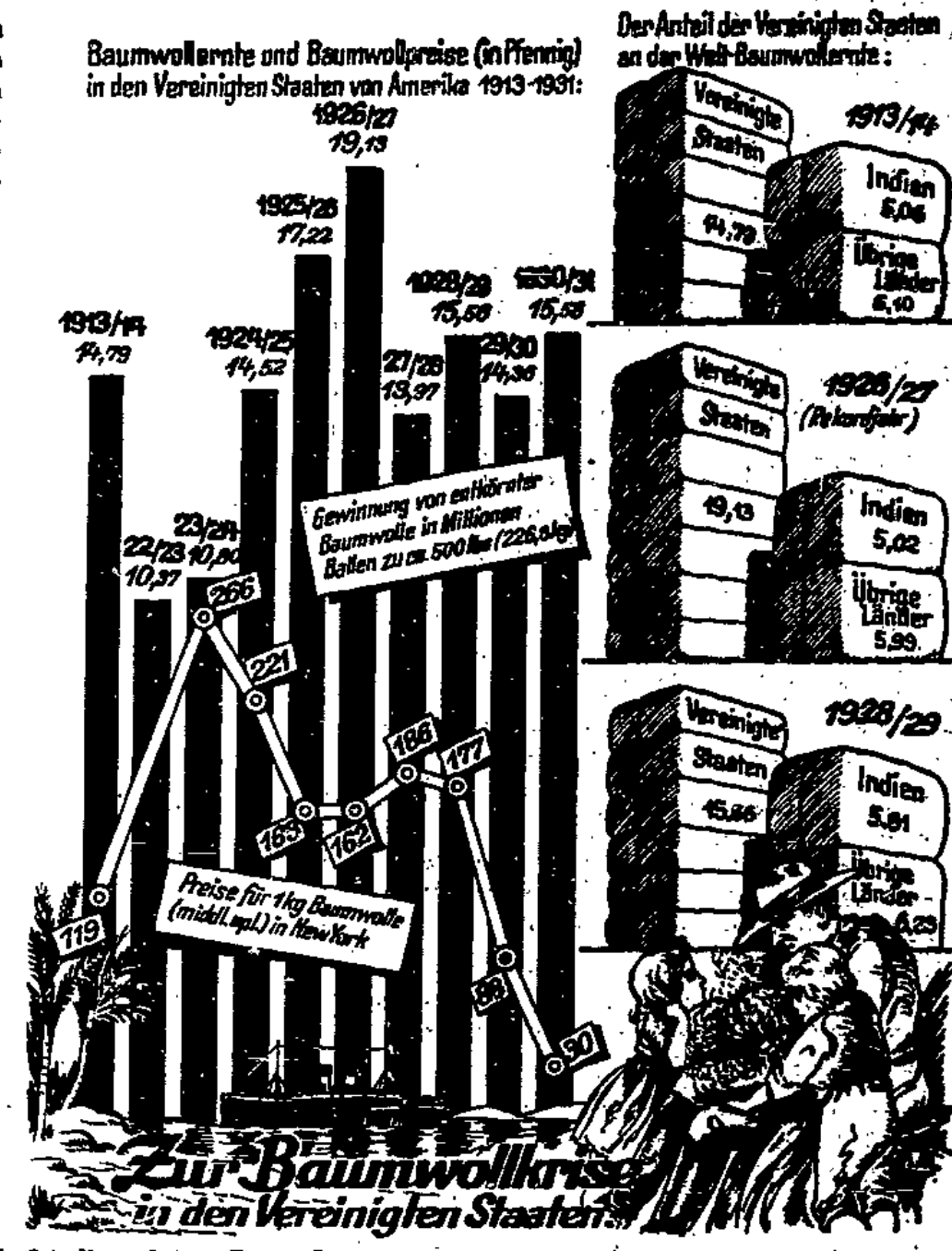
### Forsik L.

**Manchliche Ausbeuter**  
In der Tuchstadt Forsik lebt ein „braver“ Kerl, der den Gedanken der Gewerbe-freiheit umgestellt hat auf den Begriff der schimmerten wirtschaftlichen Freibeuterei. Als Spinnereibefehliger beschäftigt er — selbstverständlich, Arbeiter. Wer würde auch sonst für die Gewähr eines Verdienstes bürgen? Dieser Maschinenbesitzer, Hoffmann ist seine Name, läßt also Leute für sich arbeiten. Das ist nichts Schlimmes, bekommt aber ein anderes Gesicht, wenn wir erfahren, daß für diese Arbeit kein Lohn mehr gezahlt wird. Wenn uns auch bekannt ist, wie zumeilen die wirtschaftliche Lage den Unternehmer dazu zwingt, Entschärfungen zu machen, so weit jedoch darf das Berufen darauf dann doch nicht führen, daß man seinen Arbeitern schon fünf Wochen keinen Pfennig Lohn zahlt.

Nicht genug aber, daß die Arbeiter durchweg ungefähr 150 Mk. Lohnforderungen haben und sie nicht mehr wissen, wo sie etwas zum „Beissen“ heranziehen sollen, es helfen die inzwischen entlassenen Arbeiter weiter fest, daß in ihren Umkleenkassen ebenfalls schon seit vier Monaten keine Karten gefaltet sind. Fraglich erscheint gleichfalls, ob solcherlei Rückständigkeit nicht auch waktete bei den Krankenkassen- und anderen Versicherungsbeiträgen. Erfundigungen werden das festzustellen haben. Schließlich kommen dadurch die Arbeiter auch noch in die letzte Stufe (I) bei der Unterhaltungs-zahlung. Das schließt ihnen oben-dreiß zu.

Wenn man solcherlei hört, wird doch die Frage aufgeworfen, ob der § 1 der Gewerbeordnung: „Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet“, noch Geltung haben kann, wenn auch, ob in der Rechtsverordnung unter Artikel 151 das gemeint sein soll, wenn es dort heißt: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem

Die Rekordernote an Baumwolle in den Vereinigten Staaten hat zu einer Katastrophe an den Märkten geführt. Die Baumwollpreise sanken auf den tiefsten Stand seit 37 Jahren und der ganze Unsinn des kapitalistischen Systems zeigt sich in der Tatsache, daß durch scharfe Maßnahmen künftig die Baumwollernte um ein Drittel gedrosselt werden soll, um dem Preisdruck entgegenzutreten zu können. Die Entwicklung der Baumwollernten und der Preise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigt unsere Bildstatistik, die auch den Anteil der USA. an den Weltbaumwollern wiedergibt. Trotz glänzender Ernten wird jetzt das Dollarland immer mehr von der von Europa ausgehenden Welle der Wirtschaftsschrumpfung erfaßt und zu weitgehenden Produktions-einschränkungen gezwungen, da die Absatzlage in den meisten Ländern vollkommen unbefriedigend ist. Dem Angebot von 25 Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle steht ein Bedarf von etwa 11 bis 12 Millionen Ballen gegenüber.



Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

„Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins“, ja wo denn, wenn ein Arbeiter fünf Wochen ohne Geld leben muß und von ihm strengste Pflichterfüllung verlangt wird? Hier scheint es auch bald an der Zeit zu sein, die fast unbegrenzte Gewerbe-freiheit einer scharfen Beaufsichtigung zu unterziehen und nicht jedem „Unternehmungswilligen“, der offensichtlich nur darauf ausgeht, Arbeiter auszubeuten und um den rechtmäßigen Lohn zu betrügen, die Genehmigung zu solchem Tun zu geben.

Die davon betroffenen Arbeiter der Firma Hoffmann waren jedoch in einem Falle auf dem Posten. Sie „beschlagnahmen“ kurzerhand auf eigene Kasse eine größere Spinnpartie, um sich auf diese Weise etwas zu sichern, was ihnen den nicht ausgezahlten Lohn noch verspricht. Die weiteren Schritte für die betroffenen Arbeiter unternimmt die Geschäftsleitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, um mit Hilfe des Arbeitsgerichtes den Lohn für geleistete Arbeit herauszuholen. cl.

### Großenhain

Die Firma Geb. Jensch Textilarbeitern zuzumuten war. In Naundorf b. Großenhain an den Pranger

Was Textilarbeiter den Geb. Jensch Textilarbeitern zuzumuten war. In Naundorf b. Großenhain an den Pranger. Dort hat man vollbeschäftigte Frauen an drei Tagen in der Woche 14 bis 15 Stunden arbeiten lassen. Als der Betriebsrat die Sache zu unterbinden versuchte, erhielt er von einem Meister die Antwort: „Das geht Ihnen gar nichts an, das habe ich mit dem Direktor ausgemacht.“ Eine derartige Ausbeutung erinnert an die goldenen Zeiten des Frühkapitalismus. Als das Gewerbeaufsichtsamt sich der Gelegenheit annahm und ein Beamter dieser Behörde an Ort und Stelle die Sache untersuchte, äußerte der Fabrikdirektor Bernammer zu demselben folgenden: „Man müßte hinter jeden Arbeiter einen mit der Peitsche stellen.“ Ein netter Wunsch dieser Unternehmerfamilie, die, wie es scheint, zu ihrer Zeit gekommen ist.

Im übrigen empfehlen wir der Arbeiterschaft bei der Firma Geb. Jensch, sich gegen diese Ausbeutermethoden und gegen das Benehmen der Meister rückhaltlos zur Wehr zu setzen. Nur dann, wenn sich die Arbeiterschaft selbst wehrt, werden auch die Zustände bei der betreffenden Firma sich ändern.

### Waldkirch

Wie man die Not der Erwerbslosen der Erwerbslosen zum Lohn auszunutzen druck auszunutzen, dafür folgendes Beispiel:

In der Kollnauer Spinnerei und Webererei ist zurzeit guter Geschäftszug. Es sind schon einige Arbeiterinnen wieder eingestellt worden. Ein Erwerbsloser suchte ebenfalls in der Spinnerei Beschäftigung, und man war auch geneigt, ihn einzustellen, aber nur unter der Bedingung, daß er für einen Stundenlohn von 43 Pf. — den Frauenlohn — arbeite. Der Stundenlohn für einen männlichen Kollnauer beträgt laut Tarifvertrag 57 Pf. für den Frauenlohn zu arbeiten lehnte natürlich der betreffende Arbeiter ab, weil er sozial Pflichtgefühl besitzt, nicht zum Lohnrücker zu werden. Natürlich wurde dann aus der Einstellung nichts.

Es gehören tatsächlich harte Nerven dazu, einem erwachsenen männlichen Facharbeiter den Frauenlohn von 43 Pf. pro Stunde ohne rot anzulassen, anzubieten. Ueber diese Tolllosigkeit, die sich die Direktion der Kollnauer Spinnerei und Webererei leistet, noch ein weiteres Wort zu verlieren, würde nur der Kritiker abträglich sein. Es genügt, diese Tatsache in alle Welt hinauszuschreiben.

Die Textilarbeiterchaft dürfte aber an diesem Beispiel erkennen, wo sie hinführt, wenn ihnen keine Organisation in dieser trostlosen Zeit zur Seite stände. Die Unternehmer vom Schlage der Direktion der Kollnauer Spinnerei und Webererei dürften mit ihnen gehörig Schlußab-treiben.

Deshalb, Textilarbeiter, seid auf dem Posten, sorgt für die Stärkung eurer Organisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verband.

### Waldkirch 1. Br.

Frauenabend.

Nach längerer Pause hielt die Frauengruppe in Waldkirch wieder zu einem Frauenabend aufgerufen. Es kann mit Freude fest-gestellt werden, daß diesem Rufe wieder eine sehr große Zahl folgte leisteten; denn die Wirtschaft zum Schwarzenberg hätte sich beinahe als zu klein erwiesen. Der Abend wurde eingeleitet mit einigen schönen Musikstücken. Kollege Kahle von der Geschäftsleitung hielt einen Vortrag über das Thema „40 Jahre Deutscher Textilarbeiter-Verband“. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Nachdem der geschäftliche Teil seine Erledigung gefunden hatte, wurde zum geselligen Teil übergegangen. Und hier kann ausgesprochen werden, daß wir mit unseren Musikern keinen schlechten Griff getan hatten. Die Darbietungen ließen die Frauen für einige Stunden das graue Glend vergessen. Hoffen wir, daß die Veranstaltung dazu beigetragen habe, unsere Organisation stark und kräftig zu machen. Wir werden nicht nachlassen, immer mehr Aufklärung und Wissen unter die Frauen zu tragen. R. K.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 27. Septemb., ist der Beitrag für die 39. Woche fällig

Achtung! Achtung! Einfindung der Statistikkarten, den Monat September betreffend.

Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonnabend, der 26. September 1931. In diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert an uns einzufenden.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterbestand leinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einfindung der Karten ist notwendig, um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Septemberbericht für die Markentatistik von allen Ortsverwaltungen bis zum 7. Oktober 1931 einzufenden ist. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Verlag: Karl Schäfer in Berlin, Fremder Str. 18. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Paul Singer in Berlin.



# Der französische Gewerkschaftsbund

Paris, Mitte September 1931.

In seiner heutigen Form besteht der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund jetzt gerade zehn Jahre. Im Juli 1921 fand der Gewerkschaftskongress von Ville statt, bei dem die Kommunisten einen starken Vorstoß gegen die Leitung des Gewerkschaftsbundes unternahmen. Als damals in Lille der Vorsitzende der Ailler Gruppe des französischen Baugewerksbundes sprach, schlossen die Kommunisten gegen ihn etwa zehn Revolverkugeln, die erfreulicherweise nur die Pfingsten neben der Rednertribüne trafen. Nach dem Kongress von Ville schufen die Kommunisten zunächst ein „Comité syndicaliste révolutionnaire“, das dann später die „Confédération générale du travail unitaire“ wurde. Monmousseau, der heutige Leiter des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, war bereits damals einer der Hauptagitatoren der Kommunisten, während Monate, der damals auch für die Kommunisten das große Wort führte, nachdem er aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, heute nach seinem Wiedereintritt in den Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund (Confédération générale du travail) keine Rolle mehr spielt.

Im Jahre nach der Spaltung, im Jahre 1922, gaben die Kommunisten für ihren Gewerkschaftsbund 525 000 Mitgliedskarten aus, der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund hatte damals nur 427 000 Mitglieder. Aber heute muß der kommunistische Gewerkschaftsbund zugeben, nur noch 255 000 Mitglieder zu besitzen, während sich die Mitgliederzahl des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes in den letzten zehn Jahren in folgender Art weiterentwickelte: 1923 wurden 396 268 Mitgliedskarten ausgegeben, 1924: 427 302, 1925: 515 013, 1926: 526 439, 1927: 538 892 (1927 infolge starker Arbeitslosigkeit nur eine geringe Erhöhung), 1928: 601 027, 1929: 656 156, 1930: 700 154.

Ran rechnet damit, daß in diesem Jahr etwa 800 000 Mitgliedskarten ausgegeben werden können. Man hat bisher schon 824 000 Karten an die verschiedenen Ortsgruppen versandt, aber davon werden etwa 20 000 als nicht untergebracht nach Paris zur Zentrale der Gewerkschaften zurückgeschickt werden.

Praktisch hat also der kommunistische Gewerkschaftsbund kaum noch Bedeutung. Alle wichtigen sozialen Gesetze werden nur unter der Mithilfe des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes ausgearbeitet. So liegt auch dem 27. französischen Gewerkschaftskongress (vom 15. bis 18. September in Paris) ein Bericht über die Aktivität des Gewerkschaftsbundes in den letzten Jahren vor, der von der praktischen Durchführung zahlreicher Gewerkschaftsforderungen und der tätigen Mithilfe bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetze handelt, deren wichtigste das Gesetz über die Einführung der Sozialversicherungen in Frankreich ist. Als im Jahre 1929 der letzte französische Gewerkschaftskongress tagte, unternahm noch die Arbeitgeberchaft einen verzweifelten Ansturm auf das Prinzip des Gesetzes, während sie heute nur noch versucht, gegen die Art seiner Durchführung aufzutreten.

Vor allem mündet sich der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund einer Neuorganisation seiner Propagandamethoden zu. Drei ständige Propagandareisenden sollen künftig überall in Frankreich zur Erläuterung und zur Stützung der Gewerkschaftsforderungen Versammlungen abhalten, ein eigenes gewerkschaftliches Auskunftsbüro soll in Paris zur laufenden Dokumentierung über alle Gewerkschaftsfragen geschaffen und sogar das Radio bei der Propaganda vermandt werden.

Auch dem Unterricht in der Schule und nach der Schulzeit und seiner Reformierung gilt jetzt eine der Hauptarbeiten des französischen Gewerkschaftsbundes. Man denkt an die Errichtung einer Arbeiterhochschule, die vielleicht nicht so sein wird wie die deutsche in Bernau oder die belgische in Uccle, die den Franzosen zu geschlossen erscheinen, sondern ein allen Gewerkschaftsmitgliedern offenes Institut in Paris in der Nähe des Schulviertels.

In der Richtung dieser verschiedenen Pläne gibt der jetzige Pariser Kongress der französischen Gewerkschaftsbewegung einen neuen Impuls, der zweifellos geeignet sein wird, dem Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbund neue Anhänger zu bringen und ihn damit auf eine immer festere Basis zu stellen. Kurt Lenz.

## Aus der Textilindustrie

### Berufsbekleidungsindustrie und Wirtschaftskrise

Weiße Kleidung gut gefragt. — Blaue Industrieanzüge um etwa 30 Proz. zurückgegangen.

Die Fabrikation von Berufsbekleidung aller Art ist naturgemäß von den Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise am meisten betroffen, als sich jede Betriebsbeschränkung oder Stilllegung sowie der Rückgang einer ganzen Reihe von Berufszweigen sofort im Sinne einer Verringerung der Aufträge bemerkbar machen. Es ist also nicht weiter zu verwundern, daß dieses Fachgebiet der Textilwirtschaft in seiner Gesamtheit ganz erheblich zusammengeschrumpft ist, wenngleich es immer noch zahlreiche Möglichkeiten bietet, die in anderen Konfektionsgewerben nicht bestehen, und vor allem sehr gute Aussichten für die Zukunft hat. Das geht besonders aus der Tatsache hervor, daß noch keine einzige, wirklich namhafte Firma der Berufsbekleidungsindustrie unter dem Druck der Wirtschaftskrise zusammengebrochen ist, daß vielmehr alle instands sind, ihre Betriebe selbst unter den wenig günstigen Konjunkturverhältnissen der Gegenwart aufrechtzuerhalten. Es dürfte wohl kaum einen zweiten Fabrikationszweig der deutschen Textilwirtschaft geben, der diesen Vorzug mit gleichem Recht für sich in Anspruch nehmen könnte.

Zu den stärksten Stützen der deutschen Berufsbekleidungsindustrie gehört gegenwärtig die Fabrikation von weißen Arbeitskleidern. Lange Zeit hindurch ließ sich auf diesem Gebiete eher eine Zunahme als ein Nachlassen des Interesses feststellen, da sich der weiße Bekleidungssektor wegen seiner Sauberkeit und seines freundlichen Aussehens z. T. auch in der Hauswirtschaft eingebürgert hat. Außerdem ist der ärztliche Beruf, für den diese Art von Berufsbekleidung in der Hauptsache benötigt wird, immer noch verhältnismäßig stark befehrt, und auch der Anbruch der weiblichen Jugend zum Pflegenennam ist ein ziemlich starker. Erst die allerletzte Zeit brachte ein geringes Absinken der Nachfrage nach Weißkleidung, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß sich zahlreiche Krankenhäuser Eigenfabrikation zugelegt haben. Man wird also in Zukunft mehr auf die Rundschaft des selbständigen Arztes angewiesen sein. Dieser Berufsstand in Verbindung mit den übrigen ebenfalls in weißer Kleidung arbeitenden Tätigkeitsgruppen (Bücher, Köche, Friseurs usw.) wird dem Weiß auch weiterhin gewisse Möglichkeiten garantieren. Das Qualitätsniveau weist ebenfalls noch keinen Rückgang auf. Nach wie vor werden untergeordnetes für alle in Frage kommenden Berufsgruppen gute Mittelpreistage begehrt.

Einen nennenswerten Rückgang hat indessen der Absatz von blauen Industrieanzügen aufzuweisen. Das hängt natürlich mit der kritischen Wirtschaftslage zusammen und ist eine durchaus verständliche Folge der Arbeitslosigkeit. Die Staats- und Kommunalbehörden schränken ihre Aufträge wegen der finanziellen Schwierigkeiten auf ein Minimum ein und lassen nur das Unvermeidlichste nachbeschaffen. Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen veranlassen die Industrie zu dem gleichen Verhalten und, wo noch voll gearbeitet wird, sucht man mit wenigen Ausnahmen die vorhandenen Bestände an Berufsbekleidung bis zum äußersten auszuwerten. Das macht sich ganz besonders bei der Metall- und Elektroindustrie bemerkbar, die von der Not der Zeit sehr stark betroffen ist. Fachleute beziffern den Umsatzrückgang an blauer Industriebekleidung auf etwa 30 Proz.

Gleichzeitig konnte man aber auch ein Anwachsen des Konsums von entsprechenden Stoffen zur Verbesserung feststellen. Dieses Plus entspricht nicht genau dem Ausfall an Fertigfabrikaten, beziffert sich aber immerhin auf etwa 20 Proz.

Das die freiberuflichen Arbeiter betrifft, so ist hier ebenfalls der Verbrauch von Wertkleidung stark zurückgegangen, da man vielfach seine alte, getragene Garderobe für diese Zwecke verbraucht und nur in den seltensten Fällen zu Neuananschaffungen schreitet. Mit den genannten Umsatzverminderungen verbindet sich naturgemäß auch ein starkes Absinken des Qualitätsniveaus.

Der Export ist gegenwärtig für jede Art von Berufsgarderobe recht minimal, da die meisten Staaten Eigenfabrikation besitzen. Nennenswerte Geschäfte werden noch mit Dänemark und Holland getätigt, von denen in der Hauptsache erstklassige Qualitäten gefragt werden.

### Witterung fördert Wintergeschäft

#### Belebung in heimischen Konfektionsgewerben. — Qualitätsniveau etwas gehoben. — Wie sind die Aussichten?

Die ungewisse, im Allgemeinen aber kühle und regnerische Witterung der letzten Wochen hat ihren Einfluß auf den Geschäftsgang in der Konfektion nicht verfehlt. Fast in sämtlichen Gewerben ist ein Auftrieb zu verzeichnen und die Nachbestellungen laufen wider Erwarten ein, weil das Publikum durch die ungewöhnlichen Wetterdepressionen schon jetzt ein erhöhtes Interesse für Herbst- und Winterfächer an den Tag legt. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um eine Erhöhung des Konjums, sondern nur um eine Normierung des normalerweise erst im Oktober bzw. November einsetzenden Bedarfes, so daß die Fachwelt diese Entwicklung mit gemäßigtem Optimismus begrüßt. Die Tatsache aber, daß das Publikum überhaupt in nennenswertem Umfang an die Deckung seines Winterbedarfes geht, kann bei den heutigen Zeitumständen als ein erfreuliches Zeichen für die nächste Zukunft gewertet werden, zumal sich das Qualitätsniveau ebenfalls etwas gehoben hat. Im

allgemeinen werden jedenfalls keine ausgeprochen minderwertigen Qualitäten mehr gefragt, sondern mittlere Preislagen. Die gegenwärtige Situation stellt sich in einzelnen folgenndermaßen dar: In der Kleiderkonfektion gehen sehr viele Strichfächer in den Modefarben der Saison, perlsch-grün und perlsch-lila. Diese Nuancen finden beim Publikum infolge ihrer ausdrucksvollen Söhnheit überhaupt ein starkes Interesse. Die ausgeprochenen Winterfächer aus Wolle, Seide, Mohalaine usw. gingen trotz der unbeständigen Witterung den gesamten August hindurch wenig und konnten erst bei dem neuen Witterungsumschlag zum Septemberbeginn ein erhöhtes Interesse verzeichnen. Die Einkaufspreise bewegen sich zwischen 30 und 40 Mt. und stehen somit nur wenig hinter dem Vorjahr zurück. Das Ausland, vor allem England, Skandinavien und die Schweiz, hat bisher ganz gute Aufträge erteilt und die Nachbestellungen sind ebenfalls zufriedenstellend. Das Qualitätsniveau der am meisten begehrten Artikel hat sich hier allerdings gegen das Vorjahr nicht unerheblich gehoben und steht im Augenblick nicht viel über der Inlandsnachfrage.

Die Mäntel-Engroskonfektion verläuft der Witterung entsprechend vor allem Regenbekleidung und die letzten Wochen haben in diesem Artikel auch zahlreiche Nachbestellungen ergeben, da der Einzelhandel über nicht genügend Vorräte verfügte. Der Wirtschaftslage gemäß gehen in der Hauptsache mindere Mittelqualitäten, eine Tatsache, die auch für ausgeprochene Winterfächer zutrifft. Wintermäntel mit Sammfellbesätzen in den Preislagen zwischen 30 und 50 Mt. erwiesen sich zu Septemberbeginn ebenfalls als gangbar, während die von Paris aus favorisierten echten Perlenerbesätze die Ware offenbar zu stark verteuern, um beim deutschen Publikum viel Interesse zu finden. An Stoffen wird Marengo und Diagonal-Beaure unbedingt am meisten begehrt. Der Export war letzthin nicht so günstig, wie man es erwartet hatte. Allerdings waren die Anhangsordres namentlich aus den nordischen Staaten recht erfreulich gewesen.

In der Herrenkonfektion hat die Winter- und Mäntelsaison, die sonst erst im Oktoberbeginn einzusetzen pflegt, schon jetzt angefangen, was natürlich ebenfalls auf das Konto der abnormen Spätkommertemperaturen zu setzen ist. Die Aufträge an billiger Mittelware sind sogar als Eingangsbestellungen gewertet recht beträchtlich. Winteranzüge aus Kochener Kammgarnstoffen werden ebenfalls gefragt, so daß der Geschäftsgang im großen und ganzen befriedigend ist.

Die allgemeine Stimmung steht trotz der zahlreichen Konfektionsinsojungen der letzten Monate unter dem Einfluß der Tatsache, daß ganz offenbar ein starker Bedarf im Publikum vorhanden ist und daß man auch in unerwartetem Umfang daran geht, ihn zu decken. Die Aussichten hängen im wesentlichen von der Weiterentwicklung ab, werden aber nach den jüngsten Erfahrungen im großen und ganzen nicht als ungünstig bezeichnet.

## Billigkeitsrekorde!

Man sage nie, daß man, wenn man heute etwas kaufen will, nur teures Geld hingeben muß. Es gibt Konsumenten, die wahre Künstler im billigen Einkaufen sind. Inwiefern diese Fähigkeiten in der großen Masse ausgebildet sind, sollte durch ein Preisausschreiben, welches ein Berliner Zeitungsvorlag veranstaltete, dargestellt werden. Umlänglich des letzten Berliner Saison-Ausverkaufes wählten jenen Leuten anscheinlich Geldpreise, die es verstanden hatten, sich billig und gut einzukleiden. Kleid und Anzug mußten also nicht nur billig, sondern auch gut und geschmackvoll ausgeführt sein. Selbstverständlich durfte die Kleidung nicht selbständig hergestellt werden, sondern mußte in Berliner Geschäften gekauft werden. Den zweiten Preis erhielt nun eine Dame, die es verstanden hatte, sich für 4,44 Mt. einzukleiden. Sie hatte für dieses Geld erhalten: ein Kleid = 35 Pfg., einen Hut = 38 Pfg., ein Paar Schuhe = 1,85 Mt. und eine Hemdhose = 68 Pfg. Wie bemerkt, erhielt diese Dame nur den zweiten Preis, da sie sich zwar billig, aber nicht gut eingekleidet hatte, was man ja bei der geringen Summe nicht anders verlangen konnte. Ob mit diesem Preisausschreiben der Zeitungsvorlag irgend etwas Positives erreicht hat, ist fraglich.

Der angeführte Billigkeitsrekord beweist noch lange nicht, daß die Bedarfsgegenstände im allgemeinen billig zu haben sind. Man kann in gewissen Ausverkäufen hier und da etwas für äußerst niedrige Preise erhalten; das geht indessen, wie ja auch dieser „Rekord“ gezeigt hat, immer auf Kosten der Güte. Man soll also nun nicht denken, daß Berlin das Paradies der Hausfrauen sei, in welchem sie alles für das halbe Geld erhalten.

## Jugendzeitung

Die reich illustrierte September-Nummer der Jugendzeitung ist erschienen. Verlangt sie von den Kassierern, Geschäftsstellen und Jugendgruppen, und verteilt sie an Unorganisierte weiter. Aus dem Inhalt: Die Textilarbeiter-Internationale tagt. — Die Leistungen unseres Verbandes. — Eine Friedenssendung in Brüssel. — Der freiwillige Arbeitsdienst. — Von Fahrten. — Mitteilungen. — Heimabend. — Schulungs- und Werbearbeit. — Bücher. Fachtechnischer Teil: Vom Teppich und seiner Herstellung. — Berufsstolz und Klassenbewußtsein.

# Die klugen Amerikaner

## Die im Irrtum verharren, das sind die Narren

Der ganze Sommer paßt einen, wenn man die Äußerungen amerikanischer Wirtschaftsführer mit denen unserer Wirtschaftsführer vergleicht. Das Wort Vergleich paßt überhaupt auf solche Äußerungen nicht, denn die Grundanschaffungen scheiden sich wie Feuer und Wasser. Die amerikanischen Kapitalisten sind nicht etwa besser als die deutschen, nur klüger, viel klüger. Sie wissen, daß sie den Akt ablegen, auf dem sie sitzen, wenn sie die Waffen auf die Dauer hungern lassen.

Der amerikanische Wirtschaftsführer Edward A. Filene ist der berechtigte Dolmetscher des neuen Kapitalismus. Ob dieser neue Kapitalismus den Kapitalismus auf die Dauer retten kann, ist eine andere Sache. Aber es ist bei den starken sozialen Spannungen in Deutschland sehr aufschlußreich, die Gedankengänge dieser amerikanischen Einfuhrware kennenzulernen.

Filene hat erkannt: Rassenferzeugung verlangt Massenabzug! Massenabzug ist nur möglich bei — uneren Wirtschaftsführern wird die Spunde wegbleiben — hohen Löhnen und stark verkürzter Arbeitszeit. Im Maschinenzeitalter müssen die Massen viel freie Zeit haben. Bildung, Kunst, Kultur, die mit die Vorrechte einer kleinen von der Arbeit befreiten Schicht waren, müssen allen Menschen erreichbar werden. Es ist jedoch noch mehr notwendig, als nur niedrige Preise und kürzere Arbeitszeiten. Der Verbraucher muß — jetzt wird die bewährte Wirtschaft nach der Schlag führen — mehr Bedürfnisse haben. Filene legt die Notwendigkeit größerer Bedürfnisse überzeugend dar und widerlegt auch die Vorurteile der durch das Maschinenzeitalter zugrunde gehenden alten Formen und alten Ideale. Filene gibt ohne weiteres

zu, daß der neue Kapitalismus ebenso nach Gewinnen sucht wie der alte Kapitalismus, aber, das ist das Entscheidende, mit vollkommen entgegengesetzten Methoden. Es muß allen gut gehen, sonst kann der neue Kapitalismus nicht bestehen. Filene hat auch richtig erkannt, daß das alte eingepflanzte Denken die Menschen am richtigen Denken hindert, und daß darum sehr viel neue Erziehung notwendig sein wird, um die Hindernisse zu überwinden. Filene spricht auch über die Notwendigkeit der Arbeitergewerkschaften. Er jagt, daß der korrigierende Druck der Gewerkschaften für den Fortschritt der Wirtschaft solange notwendig sein wird, als der neue Kapitalismus sich noch nicht durchgesetzt hat.

Ran kann Filene ruhig bei seinem Glauben lassen und die Entwicklung abwarten. In Deutschland haben jedenfalls die Gewerkschaften dann noch ein mächtiges Stück Arbeit vor sich. Filene glaubt, und mit Recht, daß der Weg zum Erfolg für jedes Volk nur der Weg sein kann, der allen Unternehmungen und allen Völkern zugleich Erfolg bringt! Daher werden die Völker keine Lust mehr verspüren, sich von den Maschinen-gewehren dieser Wirtschaftsführer niederzuarbeiten zu lassen.

Filene ist gegenüber unseren armseligen kleinlich denkenden Wirtschaftsführern ein Revolutionär. Ist das, was Filene unter dem neuen Kapitalismus fordert, nicht ein wesentlicher Teil der von den deutschen Wirtschaftsführern und der ihnen gefinnungsoverwandten Presse in der letzten Zeit spöttisch behandelten Kaufkrafttheorie? Diese Gedanken sind nichts anderes und können auch nichts anderes sein, weil die Kaufkrafttheorie und -steigerung durch die heutige Arbeitsweise zwangsläufig gemordet ist.



## Der freiwillige Arbeitsdienst

Der Nr. 8 des „Jugend-Führer“, dem Mitteilungsblatt für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften, entnehmen wir folgende Ausführungen über den freiwilligen Arbeitsdienst:

Die Notverordnung vom 5. Juli d. J. fügt dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den § 139a neu ein, durch den bestimmt wird, daß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes obliegt. Durch die vom Reichsarbeitsminister am 23. Juli d. J. erlassene Ausführungsverordnung, die am 3. August d. J. in Kraft tritt, werden die Einzelheiten der Durchführung geregelt.

Worin besteht nun die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes? Empfänger von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung können bei Arbeiten, die als freiwilliger Arbeitsdienst anerkannt sind, beschäftigt werden und erhalten die Unterstützung in der bisherigen Höhe und Dauer weiter. Das Arbeitsamt des Dienstortes (in dessen Bezirk also der Arbeitsdienst verrichtet wird) kann die Unterstützung der beteiligten Arbeitsdienstwilligen aber auch in Pauschbeträgen festsetzen, jedoch nicht mehr als 2 Mk. wochentäglich, und kann diese Unterstützung bis zur Dauer von 20 Wochen bewilligen. Die Unterstützung kann an den Träger der Arbeit gezahlt werden, der sie ganz oder teilweise in Sachleistungen an die Arbeitsdienstwilligen weitergeben kann. Wenn notwendig, kann der Unterstützungsbetrag an den Arbeitssträger für eine Woche im voraus gezahlt werden. Sind diese Bestimmungen schon auf solche Arbeitsprojekte zugeschnitten, die eine Verlegung des Wohnortes des Arbeitsdienstwilligen voraussetzen, so tritt dies bei anderen Bestimmungen noch stärker hervor. Es wird nämlich weiter vorgesehen, daß Gemeinden, in denen anerkannte Arbeiten ausgeführt werden, auf Verlangen des Vorstehenden des Landesarbeitsamts verpflichtet sind, Unterkunft und Verpflegung für die beschäftigten Arbeitsdienstwilligen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden können aber verlangen, daß der Arbeitssträger für die Entschädigung im voraus Sicherheit leistet. Irgendwelche Beihilfen für entstehende sachliche oder Transportkosten kann das Arbeitsamt dem Arbeitssträger nicht leisten. Daß der Arbeitsdienstwillige von den regelmäßigen Meldungen beim Arbeitsamt befreit werden kann, wird selbstverständlich vorgesehen.

Es sollen nun die Bestimmungen vom Standpunkt des jüngeren Arbeitslosen, für den doch wohl der freiwillige Arbeitsdienst hauptsächlich in Anwendung kommen soll, betrachtet werden. Irgendwelche Altersgrenze setzt die Verordnung nicht fest, so daß es möglich wäre, Bierzehnjährige und Fünfzigjährige zusammen in eine Arbeitsgruppe oder in ein Arbeitslager zu stecken. Sicherungen pädagogischer Art (zum Beispiel betr. Gruppenführer, Freizeitverwendung) werden vom Arbeitssträger nicht verlangt, ihnen werden aber auch keine Rechte zur Ausübung irgendwelcher Strafgewalt gegeben; das Arbeitsamt hätte nur zu prüfen, ob es sich um eine gemeinnützige, zusätzliche Arbeit handelt und ob nicht etwa politischer oder staatsfeindlicher Mißbrauch der Arbeitsdienstwilligen zu befürchten ist. Von größter Wichtigkeit ist Artikel 6 der Verordnung, der besagt: „Beht es der Arbeitslose ab, sich an einer Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen oder gibt er eine solche Arbeit auf, so ist dies nicht als Tatsache anzusehen, aus der sich ergibt, daß der Arbeitslose arbeitsunwillig oder durch eigenes Verschulden arbeitslos ist.“ Der Arbeitsdienst kann also

von den Teilnehmern jederzeit wieder aufgegeben werden.

Die den Arbeitslosen in Aussicht gestellte materielle Hilfe ist von recht zweifelhafter Natur. Wie oben gezeigt, handelt es sich in der Hauptsache darum, den Arbeitslosen bzw. Krisenunterstützungsempfängern die Leistung von gemeinnütziger, zusätzlicher Arbeit zu ermöglichen. Ein Vorteil für die Unterstützungsempfänger selbst kann nur in Frage kommen, wenn sich Arbeitslose kurz vor Ablauf ihres Anspruches auf Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung zum freiwilligen Arbeitsdienst melden und dadurch auf höchstens zwanzig weitere Wochen in den Genuß von 2 Mk. pro Wochentag (bar oder in Sachleistung) gelangen. Die übrigen Unterstützungsempfänger büßen unter Umständen sogar etwas von ihren Bezügen ein, da anzunehmen ist, daß die Arbeitsämter in der Regel eine pauschale Regelung der Unterstützung vornehmen werden und nur höchstens 2 Mk. pro Tag gezahlt werden können.

Eine gewisse Unterstützungsmöglichkeit wird aber auch für diejenigen Arbeitslosen vorgesehen, die — da sie noch nicht 21 Jahre alt sind — keinen Unterstützungsanspruch haben. Artikel 5 der Verordnung ermächtigt nämlich die Arbeitsämter, auch für diese nicht unterstützungsberechtigten Arbeitslosen eine Unterstützung bis zu 2 Mk. täglich auf die Dauer bis zu 20 Wochen zu leisten — soweit der Reichsarbeitsminister besondere Reichsmittel zur Verfügung stellt. Bisher ist nicht bekanntgeworden, daß schon Reichsmittel für diesen Zweck bereitgestellt sind, aber daß die Zeit, für die ein nicht unterstützungsberechtigter Arbeitsdienstwilliger Unterstützung erhält, auf die später für ihn in Frage kommende Unterstützungsdauer anzurechnen ist, das ist einwandfrei durch Verordnung geregelt.

Es brauchen hier nicht alle Einzelheiten der Verordnung angeführt werden, da sie von keinem besonderen Interesse sind, wie ja wahrscheinlich das ganze Kapitel „Freiwilliger Arbeitsdienst“ recht bald als eine erledigte Angelegenheit gelten wird. Von Wichtigkeit für unsere Funktionäre sind aber noch die Vorschriften über Aufsicht und Beschwerden. Gegen Entscheidungen des Vorstehenden des Arbeitsamts ist binnen zwei Wochen Beschwerde an den Vorstehenden des Landesarbeitsamts und gegen dessen Entscheidungen an den Präsidenten der Reichsanstalt zulässig. „Zur Beschwerde berechtigt ist jeder, der an der Abänderung der Entscheidung ein berechtigtes Interesse hat.“ Daß die Gewerkschaften ein berechtigtes Interesse daran haben, ist zweifellos, da der freiwillige Arbeitsdienst nur zu leicht dem freien Arbeitsmarkt Beschäftigungsmöglichkeiten nimmt. Unsere Kollegen können aber auch dazu beitragen, daß das Arbeitsamt die ihm übertragene Aufgabe, „von Zeit zu Zeit nachzuprüfen, ob die Voraussetzungen des freiwilligen Arbeitsdienstes noch vorliegen und ob die Förderung in der festgelegten Weise verwandt wird“, erfüllen kann. Es werden die als freiwilliger Arbeitsdienst anerkannten Projekte sehr genau von unseren Kollegen beobachtet werden müssen, um politischen und wirtschaftlichen Mißbrauch zu verhindern.

Wie schon oben gesagt, sehen die meisten Bestimmungen der Verordnung die Beschäftigung der Arbeitsdienstwilligen irgendwo fern vom Wohnort voraus. Es wird aber auch möglich sein, Arbeiten am Wohnort der Arbeitslosen als freiwilligen Arbeitsdienst durchzuführen, und wir glauben, daß sich hierfür am ehesten arbeitslose Interessenten finden würden, wenn nur Mittel für die nicht unterstützungsberechtigten Jugendlichen zur Verfügung stehen. Daß

auch Arbeiterorganisationen von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Plätze oder Heime durch die freiwillige Arbeit ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verbessern oder auszubauen, ist selbstverständlich; das ist bisher schon ohne gesetzliche Sanktionierung geschehen und wird auch weiterhin getan werden. Ebenso wäre es zu verstehen, wenn auch Arbeiterorganisationen unter ihren jüngeren Erwerbslosen, die keine Unterstützung erhalten, Interessenten für irgendwelche von Gemeinden oder Organisationen vorgeschriebenen Arbeiten finden, weil sie nur dadurch für einige Zeit 2 Mk. pro Tag verdienen können. Solche Fälle werden aber zahlenmäßig keine Bedeutung erlangen. Wenn die Reichsregierung 5 Millionen Mark zur Verfügung stellen würde — in der Presse ist nur von 1 Million Mark die Rede —, so könnten etwa 20 000 junge Menschen für die Dauer von 20 Wochen mit je 2 Mk. pro Tag unterstützt werden. So gering diese Zahl im Verhältnis zur Masse der Arbeitslosen auch ist, so besteht doch keine Veranlassung, die Unterstützungsmittel nur an Arbeitslose, die den Gewerkschaften fernstehen, geben zu lassen.

Die Notverordnung vom 5. Juni stellt ausdrücklich fest, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst ein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts nicht geschaffen wird. Die Ausführungsverordnung regelt darum die Unterstellung der Arbeitsdienstwilligen unter die Vorschriften der Kranken-, Unfall- und

Invalidenversicherung sowie die Anwendung der Arbeitsschutzgesetze. Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland „sind in jedem Falle als landwirtschaftliche Arbeiten anzusehen“. Das bedeutet, daß hinsichtlich Arbeitszeit und Nacharbeit die für die landwirtschaftlichen Arbeiter geltende gesetzliche Regelung, die sich ungünstig von der allgemeinen Regelung unterscheidet, angewendet werden kann. Dafür wird den Arbeitsdienstwilligen in Aussicht gestellt, daß ihnen, wenn sie an „volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten“ 12 Wochen beschäftigt worden sind, ein Betrag von 1,50 Mk. pro wöchentlichen Arbeitstag vom Beginn der Arbeit an gutgeschrieben werden kann. Den so ersparten Betrag erhält der Arbeitsdienstwillige nicht in bar ausgezahlt, sondern er kann über ihn nur so verfügen, daß er ihn an eine gemeinnützige Einrichtung zur Schaffung von Siedlungen oder Eigenheimen abtritt. In zwanzig Wochen (gleich 120 Arbeitstagen) Arbeitsdienst könnte man also 180 Mk. gutgeschrieben erhalten, einen Betrag, der wohl kaum als Anzahlung für den Erwerb einer Siedlung oder eines Eigenheimes ausreichen wird. Es sind also auch in diesen Bestimmungen nicht gerade sehr starke Anreize für die Arbeitslosen enthalten. Unsere Kollegen werden gut tun, die jüngeren Erwerbslosen über diese Dinge zu informieren, damit Enttäuschungen und ein Mißbrauch nicht genügend unterrichteter Arbeitsloser vermieden wird.

## Jugendtreffen in Nowawes

Am 22. und 23. August fand das Gau-Jugendtreffen des Gaues Berlin-Brandenburg des DGB in Nowawes statt. Etwa 140 Jugendliche hatten sich eingefunden, um an diesem Treffen teilzunehmen. Der Sonnabend sah einen Abend- und Unterhaltungsabend vor. Derselbe wurde mit Darbietungen der einzelnen Jugendgruppen ausgefüllt. Der Kollege Wolter aus Nowawes begrüßte die Erschienenen und wünschte dem Treffen einen guten Verlauf. In demselben Sinne äußerten sich die Kollegen Böllner vom Bezirkssekretariat des DGB, Genosse Fleischmann als Vertreter der Stadt und Genosse Henckell vom Arbeiter-Sport- und Kulturkartell.

Sodann folgten die einzelnen Vorträge, bestehend aus Rezitationen, Volkstänzen, Liedern zur Leute und Schattenspielen. Jede Nummer des Programms fand großen Beifall. Zum Schluß der Veranstaltung hatten wir noch einen Akt der Pietät zu vollziehen. Stehend ehrten die Teilnehmer den ermordeten Kollegen Alfred Runzler aus Wittstock, der bei einem Kampf zwischen Kommunisten und Nazis sein junges Leben unglücklicherweise einbüßte. Sodann sammelten wir uns und marschierten gemeinsam zur Jugendherberge.

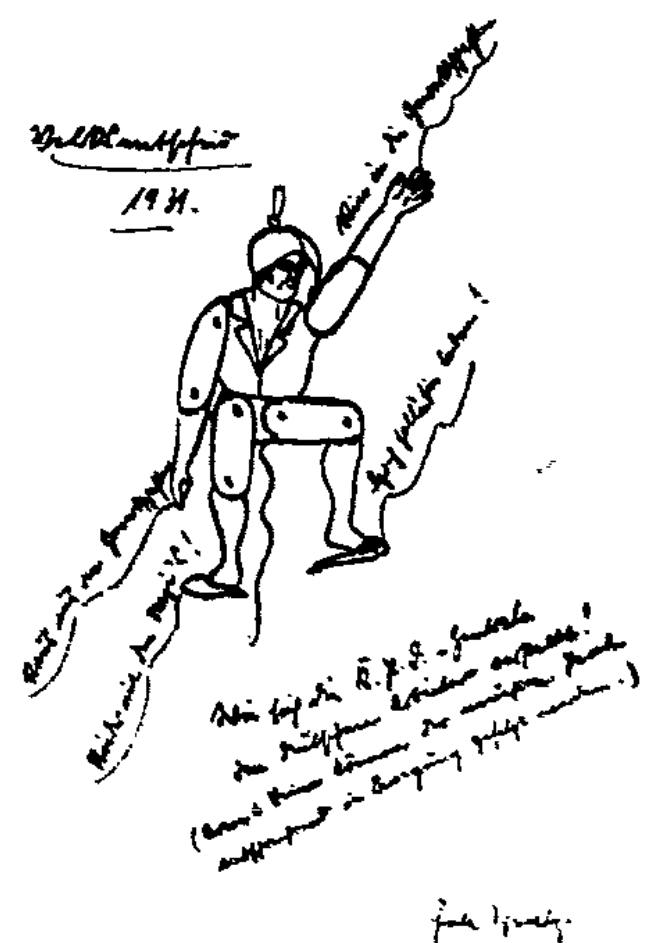
Der Sonntag fand uns um 6 Uhr schon wieder auf den Beinen. Nachdem wir unser Frühstück eingenommen hatten, sammelten wir uns, um durch den Ort zu demonstrieren. Um 9 Uhr löste sich der Zug auf, um den Park Neu-Babelsberg und Sanssouci zu besichtigen. Bei dieser Gelegenheit konnte man einen Einblick in das verschwenderische Leben der früheren Fürsten und Kaiser tun. Erstaunlich ist es, mit welcher Pracht die Schlösser und Parks ausgestattet wurden. Als wir mit der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten fertig waren, gingen wir zum Volkshaus Potsdam, um unser Mittag einzunehmen. Um 3 Uhr fuhren wir mit dem Dampfer zum Wannsee. Ich glaube, es gibt wohl keinen schöneren Fluß in unserer engeren Heimat, als dieses Stüdchen Havel. Ringsherum Wald und darin Schlösser und nochmals Schlösser. Und dann die vielen Segelboote, Motor- und Raddelboote. Ich glaube, keiner der Kollegen wird wohl diesen Anblick je vergessen. In Wannsee angekommen, marschierten wir zum Bahnhof Nikolassee, wo der Kollege R. Feig allen Teilnehmern für ihr Interesse dankte. Auch forderte er auf, immer und überall für die Gewerkschaft zu kämpfen und neue Streiter der Gewerkschaft zuzuführen. Möge das Treffen dazu beigetragen haben, auch in dem kleinsten Orte eine Jugendgruppe entstehen zu lassen, erst dann hat es seinen Zweck erfüllt. In das ausgebrachte Hoch auf die internationale Textilarbeiterchaft wurde begeistert eingestimmt. Somit hatte dieses wohlgelungene Treffen seinen Abschluß gefunden. An jeden einzelnen liegt es nun, bei einem nächsten Treffen mit noch mehr Jugendlichen aufzumarschieren zu können.  
Kurt Steinicke, Landsberg (B)

## Belogene Jugend

Die Sowjet-Jugend ist mit Politik überfüllt und wird systematisch irreführend. Ein russischer Amerikaner, der vor kurzem ohne Auftrag des Fremdenamtes die Sowjetunion bereifte und dabei vielfach mit jungen Kommunisten sprechen konnte, stellt nach einer Mitteilung der „Rossischen Zeitung“ fest, daß die Sowjet-Jugend als Lesüre nichts schlichter verlangt als unpolitische Bücher. Ueber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa haben die jungen Leute völlig falsche Vorstellungen. Ihre Frage lautet stets: „Wann geht Europa unter?“ Die Schilderungen, die man der Jugend über die anderen Länder gibt, sind haarsträubend. Man erzählt ihr, daß in Deutschland die Polizei täglich Kommunisten erschleße und noch immer das Brotkartensystem herrsche...

Wie die russische Bevölkerung über die deutschen Verhältnisse unterrichtet wird, hat soeben der Bericht des russischen Rundfunks über den preussischen Volksentscheid offenbart. Die 10 Millionen Stimmen wurden kurzerhand für die SPD. rektamiert.

## Ein zeichnerisches Talent



Diese Charakterisierung des kommunistischen Arbeiterrats sandte uns eine rheinische Kollegin

